

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Zur Beachtung.

Im Laufe der Woche ist wieder Klage erhoben, daß die Zahlstellenverwaltungen resp. Auszahler der Reiseunterstützung die Bestimmungen des Statuts und des Reglements über Reiseunterstützung re. gänzlich außer Acht lassen. So haben Mitglieder Reiseunterstützung erhalten, die sich entweder nicht abgemeldet hatten oder mit ihren Beiträgen im Rückstande waren, ohne daß ihnen dieselben von der Unterstützung abgerechnet wurden, und schließlich auch solche, die noch nicht sechs Monate Mitglied sind.

Wir machen deshalb wiederholt darauf aufmerksam, daß die Auszahler der Reiseunterstützung genau nach dem Statut und Reglement zu verfahren haben und ganz besonders darauf achten müssen, daß die Mitglieder sechs Monate, vom Tage des Eintritts an gerechnet, dem Verband angehören, andernfalls die Reiseunterstützung nicht gewährt wird. Wir werden fortan jeden einzelnen Fall, wo diese Bestimmungen unbeachtet bleiben, veröffentlichen.

Der Vorstand. A. Dammann, Vorsitzender.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Zahlstelle Celle. Umstände halber findet die nächste

Mitglieder-Versammlung

am 12. Dezember statt. [M. 1,35] Aug. Noose, Bevollmächtigter.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Zahlstelle Celle. Achtung für reisende Kollegen!

Die Herberge und das Vereinslokal befinden sich bei Herrn Aug. Voh, Neustraße 2. Dasselbst erhalten die Kollegen für 30 Pfg. ein gutes Bett und des Morgens Kaffee, auch sonstige Speisen werden billig verabreicht. Für gute Aufnahme ist bestens gesorgt. [M. 1,80] Aug. Noose, Bevollmächtigter.

Zur Beachtung!

Der Maurer Ferdinand Tacke aus Hachtshausen wird hierdurch aufgefordert, da er sich heimlich von hier entfernt hat, seine hinterlassenen Schulden im Betrage von M. 16,05 an mich zu bezahlen. Alle, die mir die Adresse des Tacke mitzutheilen in der Lage sind, werden gebeten, dies zu thun. [M. 1,35] August Voh, Celle, Neustr. 2

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Zahlstelle Kiel. Am 4. Dezember findet das

Herbst-Vergnügen der Zahlstelle Kiel statt. Dasselbe besteht in Konzert, Theater und Ball, und wird abgehalten im Lokale des Herrn Wurm, „Zentralhallen“, Alte Reibe 8. [M. 1,95] Die Verwaltung.

Das Protokoll

des ersten Verbandstages des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen

hat bisher im Verhältnis zu der Mitgliederzahl des Verbandes trotz des geringen Preises von 15 Pfennig pro Exemplar nur wenig Abnehmer gefunden. Alle Mitglieder müssen im Besitz eines Protokollbuches sein, wenn sie sich mit den Beschlüssen des Verbandstages vertraut machen wollen. Daher werden dieselben angefordert, ungekaut ihre Bestellungen an die bez. Zahlstellenverwaltungen gelangen zu lassen. Die Zahlstellenverwaltungen werden ersucht, energisch für die Abnahme von Protokollbüchern in den Versammlungen zu agitieren.

A. Dammann, Hamburg, Zollverleihenüberlage, Wilhelmstr. 13, 1. Et.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Zahlstelle Steinbeck. Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 4. Dezember, Nachmitt. 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. End.

Tagesordnung: 1. Die Anträge für 1893. 2. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht. [M. 2,40] Die örtliche Verwaltung.

Zentralverband der Stukkateure, Gipsler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Hamburg. Achtung für reisende Kollegen!

Die Herberge nebst Vereinslokal befinden sich jetzt bei Herrn Markgraf, Zeughausmarkt 31. Dasselbst erhalten die Kollegen, welche jetzt dem Zentralverband angehören und den Nachweis führen können, daß sie mindestens die letzten drei Monate ununterbrochen einem Verein angehört haben, für zwei Nächte Logis und eine Unterbringung für einen Tag am 12. Dezember. Die nächste Verammlung findet am 19. Dezember, Abends 9 Uhr, statt. [M. 2,90] G. Mädel, Bevollmächtigter. Wandsb. Kanal Nr. 134, Haus 1.

Achtung! Oeffentliche Versammlung sämtlicher Handwerker

am Sonnabend, 3. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Köpfer. Um zahlreiches Erscheinen bitten. [M. 1,95] G. Böthling, Rosenstr. 39.

20 Quittungsmarken (Kaufstempel) sowie alle Druckarbeiten für Vereine und Kassen empfiehlt in anerkannt vorzüglicher Ausführung Conrad Müller, Schkenditz-Geisig. Preislisten gratis und franko.

Versammlungs-Anzeiger für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Altona. Dienstag, 13. Dezember, Abends 8 Uhr, in „Ruhelndes Leben“. Abends 8 Uhr, in „Ruhelndes Leben“. Altona. Dienstag, 13. Dezember, Abends 8 Uhr, in „Ruhelndes Leben“. Altona. Dienstag, 13. Dezember, Abends 8 Uhr, in „Ruhelndes Leben“.

Altona. Dienstag, 13. Dezember, Abends 8 Uhr, in „Ruhelndes Leben“. Altona. Dienstag, 13. Dezember, Abends 8 Uhr, in „Ruhelndes Leben“. Altona. Dienstag, 13. Dezember, Abends 8 Uhr, in „Ruhelndes Leben“.

Zentralverband der Stukkateure, Gipsler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Hamburg, Freitag, 12. Dezember, Abends 9 Uhr, bei Herrn Markgraf, Zeughausmarkt 31. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Statingl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. — Anzeigen die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 15 A. — Posttarif Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Der Schnaps und die Unfälle. Arbeiter-Sanktionskommissionen. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Die Arbeitslosigkeit. — Situationsberichte. — Korrespondenzen der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Eingefandt. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten.

Der Schnaps und die Unfälle.

Belanulich liegt es der am 22. November wieder begonnenen Tätigkeit des deutschen Reichstages unter Anderem ob, das zweite der unter der Regide der sogenannten Sozialreform entstandenen Gesetze, das Unfallversicherungs-gesetz, einer Revision zu unterziehen. Wir geben uns nun freilich nicht der Hoffnung hin, daß das Endresultat der diesbezüglichen Beratungen eine Verbesserung der bisherigen mehr unternehmer als arbeiterfreundlichen Bestimmungen dieses Gesetzes darstellt wird und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil voraussichtlich an der Basis des ganzen Gesetzes, nach welcher die Krankenkassen, also die Arbeiter selbst, die Kosten für die ersten 13 Wochen, mithin für die meisten Unfälle selbst tragen müssen, nicht gerührt werden wird. Andererseits erwarten wir auch überhaupt bei der heutigen Zusammensetzung des Reichstages keine in Wahrheit arbeiterfreundlichen Gesetze. Unsere Wünsche und Ansichten in Betreff der Unfallversicherung der Arbeiter sind zudem sowohl unseren Lesern als auch den uns gegenüber stehenden Parteien zur Genüge bekannt, so daß es nur leeres Strohbruch wäre, wollten wir uns an dieser Stelle abermals damit befassen.

Umsomehr beschäftigen sich die in Arbeiterfreundlichkeit machenden und die „Wohlthaten der Sozialreform“ bei jeder Gelegenheit im Munde führenden Parteien und deren Organe mit dieser Gesetzesmaterie und suchen sich den Rang abzulassen mit Vorschlägen zur Ver-schlechterung des bestehenden Gesetzes. Und da darf selbstverständlich die „Sozial-Korrespondenz“ des Herrn Dr. Victor Böhmert nicht fehlen. Dieselbe bringt in ihrer Zeitungsausgabe Nr. 88 vom 1. November d. J. folgenden Erguß ihres b.d. Mitarbeiters unter der Ueberschrift „Unfälle und Alkohol“:

Der übertriebene Genuß von geistigen Getränken als Ursache von Unfällen, das ist ein sehr wichtiges Kapitel, aber ein kaum beachtetes. Gar manches Eisenbahnunglück, gar mancher Unfall sonst, der viel Familienglück zerstört, viel Schaden verursacht, ist darauf zurückzuführen, daß ein Mann an verantwortungsvoller Stelle nicht mehr recht klar im Kopfe war, daß er müde und unaufmerksam oder gleichgültig und leichtsinnig infolge der genossenen Getränke war. Natürlich zeigt sich diese gemeinlichliche Wirkung des Alkohols den Beamten der Unfallversicherung deutlich, diese aber haben bisher nur selten ihre Erfahrungen weiteren Kreisen nahegebracht. In den Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes findet man reichlich viel Fälle erwähnt, in denen der Alkohol eine Rolle spielte, aber eine besondere Zusammenstellung darüber ist uns nicht bekannt. Deutlich spricht nur die sehr unangenehme Zahl, die bei der großen Statistik vom 1887 für die Berufsgenossenschaft der Brauer und Mälzer sich herausgestellt hat. Sie hatten 9.08 Verletzte auf 1000 Versicherte, das sind mehr als in allen anderen Berufen vorzuzahlen, mehr sogar als im Bergbau. Getödtet durch Unfälle im Betriebe sind 1889: 92 Brauer und Mälzer, 1890: 89. 100 Tote aber bedeuten bei den Brauereien 68 Wittwen und 163 Waisen. Wie diesen Zahlen

gegenüber die Brauer den alten Unfug, einen Theil des Lohnes in ganz übermäßigem Freibier zu gewahren, noch beibehalten können, ist schwer begreiflich.

Der Artikelschreiber macht also hier, Geschwindschreiberei ist bekanntlich keine Hexerei, die unehörte Unterstellung, daß sämtliche im Jahre 1887 in den deutschen Brauerei- und Mälzerei-betrieben vorgekommenen Unfälle auf die Gewährung von „ganz übermäßigem Freibier“ an Stelle eines Theiles der baaren Löhnung zurückzuführen seien. Wahrlich, echt jesuitisch! Ob der geschulte Herr wohl schon einmal sich der Mühe unterzogen hat, den Betrieb in einer Brauerei oder Mälzerei zu beobachten? Ob er wohl gesehen und gehört hat, mit welchen Liebenswürdigkeiten die dort beschäftigten „Burschen“ und sonstigen Arbeiter seitens des Herrn Brauführers bzw. Meisters überschüttet werden, damit sie ohne Rücksicht auf die von allen Seiten drohenden Gefahren ihre schwere Arbeit verrichten? Freilich, am Schreibtische giebt es Derartiges nicht.

Es heißt dann weiter:

„Nach den Brauereien scheinen das Fuhrgewerbe und das Baugewerbe besonders reich an Alkohol-Unfällen zu sein. Ueber die Verhältnisse im letzteren hat Dr. E. Golobewski, Vertrauensarzt der Nordöstlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft, eigene Beobachtungen in seiner Schrift „Nacht- und Schichtenzeiten des Unfallversicherungsgesetzes“ veröffentlicht. Er hat 3972 Unfälle untersucht. Davon entfielen auf Montage 791, Dienstage 596, Mittwoch 654, Donnerstage 619, Freitage 657, Sonnabende 601, Sonntage 64. Der Tag also, der auf den Tag des Herrn“, den Tag der Ruhe“, folgt, hat bei weitem die schlimmste Bilanz und es dürfte wohl Niemand bezweifeln, daß der Sonntagsrausch oder der am Montage besonders heftige Rausch die Ursache ist. Besonders häufig sind am Montage Sturz von der Höhe, Sturz von der Leiter, Herabfallen von Gegenständen, Schlag mit dem Hammer, Verletzungen mit scharfen Gegenständen, Fallen durch Ausgleiten oder Stolpern, Verbrennungen und Verbrühungen, Fall in Gruben. Von 413 Kopfverletzungen kamen 114 = 28 p. h. auf den Montag. Annähernd so gefahrenreich erscheint zuweilen der Sonnabend.“

Wir haben schon in Nr. 39 unseres Blattes in dem Artikel „Ueber die Selbstverschuldung der Arbeiter“ nachgewiesen, daß in den bisher für und wider angegebenen Zahlen und Untersuchungen einander schroff widerprechende Ansichten zu Tage getreten sind, und daß sich hieraus zur Evidenz ergebe, daß von einer „Selbstverschuldung der Arbeiter“ schlechthin nicht die Rede sein könne, ferner wie wenig aufgeklärt die Frage in Betreff der „zahlreichen Unfälle am Montag und ihrer Ursachen“ und schließlich wie wenig zulässig es sei, hierüber jetzt schon ein bestimmtes Urtheil abzugeben. Diese unsere Ansicht wird von einer nicht geringen Zahl unbefangener Sachkenner getheilt und es will wenig bedeuten, wenn ein „Vertrauensarzt“ irgend einer Berufsgenossenschaft eine entgegengesetzte Ansicht äußert. Unsere Stellung zu den letzteren ist den Lesern dieses Blattes hinreichend bekannt. Bezeichnend ist jedoch der Schlußsatz: „Annähernd so gefahrenreich erscheint zuweilen der Sonnabend.“ Am Tage vor „dem Tage des Herrn“ kann doch von „Sonntagsrausch“ oder dem „an diesem Tage besonders beliebten Trunke“ nicht die Rede sein. Oder: sind nach der Meinung des Verfassers die an Bauten beschäftigten Arbeiter im Stande, an jedem Tage „Sonntag zu feiern“?!

Der Schreiber des in Rede stehenden Artikels fährt fort:

„Dr. Golobewski äußert sich ausführlich über die Rolle des Alkohols bei den Unfällen. Ein Nährstoffsanalysen ist er nicht, schreibt er doch z. B.: die Nützlichkeit des Alkohols (Branntwein wird gemeint) wird Niemand bestreiten können.“ Folgendes sind Stellen aus seinem Buche: „Nach ihrem eignen Bugehörnis trinken die Arbeiter auf dem Bau für 20 bis 30 A täglich Branntwein, meist Nordhäuser oder Nordhäuser mit Rum. Manche mögen auch noch weniger trinken, verschiedene aber konsumieren auch das Doppelte. Das Quantum für 20 A entspricht ungefähr 250 Gramm; pro Jahr 91 Liter für 73 A. Nach 10 Jahren würden ungefähr 912 Liter herauskommen. Bedenkt man noch, daß sehr viele Arbeiter während der Arbeitszeit ziemlich dürftig und kalt essen und das warme Essen erst Abends zu sich nehmen, dann muß man schon glauben, daß obige Menge Alkohol wohl hinreicht, den Körper des Arbeiters allmählig zu vergiften.“

„Man muß wohl zugeben, daß der Arbeiter auf dem Bau, bei rauher Luft und nassem Wetter etwas Beliebiges für seinen Körper braucht. Nun hat die Erfahrung aber gelehrt, daß 5-10 Schmäle pro Tag eine Reihe von Jahren ohne irgend welchen Nachtheil betragen werden können. Aber je nach der Sorte und Menge, die der Mann trinkt, und je nach seiner Körperkonstitution und der Kost stellen sich früher oder später die Folgen des langjährigen Alkoholgenußes ein, sei es, daß zuerst die Verdauungsorgane erkranken, wie es in den meisten Fällen zu geschehen pflegt, sei es, daß sich die schädlichen Folgen in einer anderen Weise geltend machen. In den schwersten Fällen erkranken die Alkoholiker an Delirium tremens und gehen oft im Krankenhaus ihrem Ende entgegen, in anderen sterben sie an Herzverletzung oder sie bleiben schließlich die normale Widerstandsfähigkeit ihres Körpers ein.“

So, der ehrenwerthe Herr Doktor weiß also, „daß sehr viele Arbeiter während der Arbeitszeit ziemlich dürftig und kalt essen usw.“ Hat er sich, was sich für ihn als berufenen Vertreter der Hygiene gehört, auch wohl bemüht, den Dürftigkeitsgrad der Nahrung der auf Bauten beschäftigten Arbeiter genau so ziffermäßig zu erforschen und festzustellen, wie er die Quantität des „Nordhäuser“ bzw. „Nordhäuser mit Rum“ festgestellt hat? Und wenn er das gethan, sollte ihm dann nicht bei Vergleich der in dieser Nahrung enthaltenen Nährstoffe (wir stellen wahrlich keine hohen Ansprüche) mit den in den Meinert'schen Speisetabellen oder den von Professor König als Minimum anerkannten notwendigen Nährstoffen für Arbeiter ein Seifenfieder aufgegangen sein, weshalb die Arbeiter Nothgedrungen dem „Nordhäuser“ huldigen bzw. eine „bessere Sorte“ nicht trinken können, nämlich aus Hunger bzw. Geldmangel?

Weiter:

„Seit meiner Tätigkeit bei der Berufsgenossenschaft bin ich auf diesen Gegenstand besonders aufmerksam geworden. Es war mir bei manchen Verletzten der ungewöhnlich lange und langsam fortschreitende Heilprozeß, der plöbliche Stillstand in demselben, die ungewöhnliche Häufigkeit der nervösen Schmerzen aufgefallen, während andere Personen, die eine gleiche Verletzung hatten, bedeutend früher vollständig wieder hergestellt wurden. Der Grund hierfür lag durchgängig an Erkrankungen, welche dem gewöhnlichsmäßigen Alkoholgenuß zugeschrieben werden mußten.“ Also nicht nur steigert der Alkohol die Unfälle, er erweitert auch die Heilung der Verletzten. Golobewski fährt fort: „Bei vielen Alkoholikern ist der Einfluß des Alkohols auf den gesammten transthaften Zustand meist viel größer als der des Unfalls.“ — Die Zahl der Alkoholiker, welche ich bei den Verletzten der Berufsgenossenschaft gefunden habe, war eine verschiedene. Einmal fand ich unter 100 Verletzten 32, an denen ich chronischen Alkoholisimus nachweisen konnte, ein anderes Mal 41, ein anderes Mal noch mehr. Ich zweifle nicht, daß diese Zahlen im Laufe der Zeit und bei weiteren Beobachtungen eine weitere Veränderung

erfahren können, aber ich fürchte, sie würden noch viel größer werden, wenn man auch die Gewohnheitstrinker dazu rechnen würde, bei denen noch keine objektiven Symptome des Alkoholismus nachweisbar sind.

Die Verlesung hat im Unfall-Versicherungsgesetz des Alkoholismus gar nicht gedacht und dies wohl mit Unrecht. Die Notwendigkeit eines diesbezüglichen Gesetzes liegt vor, sie macht sich fast auf Schritt und Tritt geltend.

So kommt auch Golebiowski zu der gleichen Anschauung über Alkohol und Unfälle, die in Böhmens statistischer Arbeit „Der Branntwein in Fabriken“ diesbezüglichen Vertreten wird.

Ma, nun ist es endlich heraus: „Es besteht kein Zweifel darüber, daß ein großer Theil der Renten nur infolge des Alkoholmißbrauches gezahlt wird“ und die Notwendigkeit eines diesbezüglichen Gesetzes liegt vor.

Ein Zeichen der Zeit aber ist es, daß Blätter vom Schlage der „Sozial-Correspondenz“, derartigen von Haß gegen die Arbeiter und die sogenannten Sozialreformgesetze triefenden Ergüssen zustimmend ihre Spalten öffnen.

Ein Zeichen der Zeit aber ist es, daß Blätter vom Schlage der „Sozial-Correspondenz“, derartigen von Haß gegen die Arbeiter und die sogenannten Sozialreformgesetze triefenden Ergüssen zustimmend ihre Spalten öffnen.

Arbeiter-Sanitätskommissionen.

II.

Aus dem Hause Wallstraße 30 (Eigentümer: Herr Wolff, Wasserthorstraße 47) wird berichtet:

Die Reinigung der 5 Lotten geschieht meistens vor Sonntags. Die Entleerung der Excremente gewöhnlich erst, wenn die Gefäße schon überlaufen. Dabei liegt dicht vor dem Aborte eine sogenannte „Parterre“ besser Kellerwohnung, die dumpfig und feucht ist.

In dem Hause Muskauerstraße 12 hat man die Klosets aus Brettern in primitiver Weise zusammen geschlagen. An Stelle von Lotten befinden sich dalebst Eimer, die, wenn sie voll sind, einfach in die daneben befindliche, notdürftig mit Brettern zugebete Dungsgrube ausgegossen werden.

Das großschaulige Berliner Ordnungs-Präsidium, das nicht genug in „stiller Entrüstung“ über die einschlägigen Verhältnisse in Hamburg rasonnieren konnte, hat für diese Berliner Enthüllungen kein Wort.

Das großschaulige Berliner Ordnungs-Präsidium, das nicht genug in „stiller Entrüstung“ über die einschlägigen Verhältnisse in Hamburg rasonnieren konnte, hat für diese Berliner Enthüllungen kein Wort.

In Leipzig hat sich eine Kommission zur Untersuchung von Wohnungen gebildet. Der erste Bericht derselben ist in unserem hiesigen Parteiorgan, dem „Wähler“, erschienen.

Rechts in der ganzen Länge des Dertchens die mächtige Lindenauer Baumwollenspinnerei und links der Friedhof. Fast sieht es aus, als wenn beide Institute zusammen gehörten. Zwischen diesen beiden sich gegenseitig ergänzenden Instituten liegen ungefähr 20 kleine Häuschen, nur aus Parterre und einer Etage bestehend.

Wir fanden weiter eine Wohnung, bestehend aus zwei Zimmern und einer Küche. Hier wohnten sechs erwachsene Personen. Die ganze Wohnung war schwarz und rußig. Die Größenverhältnisse sind durchgängig dieselben. Preis M. 120.

Wir fanden weiter eine Wohnung, bestehend aus zwei Zimmern und einer Küche. Hier wohnten sechs erwachsene Personen. Die ganze Wohnung war schwarz und rußig. Die Größenverhältnisse sind durchgängig dieselben. Preis M. 120.

„In den schon vorhin erwähnten großen Häusern fanden wir eine Wohnung in der vierten Etage. Hier klagten die Bewohner, daß bei Regen das Wasser durch die Decke läuft.“

Der oben genannte Herr Fischer ist derselbe, der vor nicht langer Zeit eine Flugchrift in Broschürenform herausgegeben hat, betitelt: „Gründet christliche Arbeitervereine in Sachsen“.

Wenn derartige Kommissionen, unter guter Leitung, ihre Aufgabe ernst nehmen, so können sie außerordentlich viel nützen. Wie wäre es, wenn speziell die gewerkschaftlichen Organisationen der Bauhandwerker, Maurer, Zimmerer, Töpfer etc., die Erhebungen, soweit sie das Bau- und Wohnungswesen betreffen, in die Hand nehmen würden?

Schon im ihrem Gewerbebetrieb stoßen ihnen mancherlei Fehler auf, die wohl der Beachtung werth sind: Wenn alle gewerkschaftlichen Organisationen zusammenwirken, oder wenn, die Beteiligung von Angehörigen aller Berufe vorausgesetzt, die politische Partei die Enquete einrichtet, so wird ein nicht zu unterschätzendes Material für den Kampf gegen das Elend zu gewinnen sein.

Wirtschaftlich-soziale Kandidaten.

Als ein Zeichen der herrschenden Arbeitslosigkeit theilt die „Rhein-Westf. Zig.“ mit, daß sich in Dortmund bei einem Bauunternehmer und dessen Schächtleitern täglich ca. 100 Männer, Beschäftigung suchend, melden.

Bei der Gewerbeprüfung in Wiesbaden errang die Sozialdemokratie in der Klasse der Arbeitervertreter einen glänzenden Sieg. Von 862 wahlberechtigten Arbeitern nahmen 717 an der Wahl Theil.

Zur Invalidentät- und Altersversicherung häufig beantragten weibliche Personen, welche zur Invalidentät- und Altersversicherung Beiträge geleistet haben und durch Verheirathung aus der Versicherungspflicht ausscheiden, bei den Vorständen der Versicherungsanstalten die Erstattung der Beiträge.

Zur Bekämpfung des Vertragsbruchs der Arbeitnehmer hat sich, wie die „Königliche Zig.“ berichtet, ein ganz schleier umfassender Verband der landlichen Arbeitgeber gebildet.

Zum Bankeinstreicher. Es ist eine bekannte Thatsache, daß die Unternehmlichkeit und deren Organe, sowie die armen verlegten Hausbesitzer die unaufrichtige Sicherung der Wohnungsmieten auf die unerschämten Vorforderungen der „hegehrlichen“ Arbeiter zurückzuführen und dadurch das Publikum in die Täuschung zu verlegen suchen.

Die Arbeiterbevölkerung wird somit durch den Bodenwucher der Spekulant und Banken von Jahr zu Jahr mehr in die Vororte gedrängt, und auch dort wird ihr der Tribut, den sie an die Spekulation zu zahlen hat, voll herausgepreßt.

Die Arbeiterbevölkerung wird somit durch den Bodenwucher der Spekulant und Banken von Jahr zu Jahr mehr in die Vororte gedrängt, und auch dort wird ihr der Tribut, den sie an die Spekulation zu zahlen hat, voll herausgepreßt.

Die Arbeiterbevölkerung wird somit durch den Bodenwucher der Spekulant und Banken von Jahr zu Jahr mehr in die Vororte gedrängt, und auch dort wird ihr der Tribut, den sie an die Spekulation zu zahlen hat, voll herausgepreßt.

7 mit je 9, 8 mit je 8, 24 mit je 7, 69 mit je 6, 205 mit je 5, 880 mit je 4, 1289 mit je 3, 467 mit je 2 Zimmer und endlich 13 Wohnungen, die nur je ein Zimmer enthalten.

Gauzeinsparung. In Burtcheld bei Nachen (Rheinprovinz) führten zwei im Hochbau fertigestellte, durch eine Mittelmauer miteinander verbundene Häuser an der Ellerstraße am 25. November, Morgens gegen 6 Uhr, unter gewaltigem Krachen zusammen, Anstehend hat die Mittelmauer zuerst nachgegeben, und es sind hier dann die beiden Hufeisenmauern zur Stütze und Vinken und der mittlere Theil der Front in Stücke geflohen, während die hintere Mauer lediglich durch den an sie sich anschließenden, bereits überdachten Umbau gehalten worden zu sein scheint. Günstigerweise erfolgte der Einsturz, bevor die Bauarbeiter im Innern beschäftigt waren.

Eine sonderbare Art der Sozialpolitik verfolgen die niederrheinischen Behörden. Dieselben haben, um der Arbeitslosigkeit abzuwehren, im 3. Quartal d. J. (S. 1. August-September) 37 Firmen mit 1649 Arbeitern die Bewilligung zur Ueberschreitung des Normalarbeits-tages erteilt. Insgesamt wurden 1622 Ueberschunden bewilligt. Wenn man die Zahl der zu Ueberschunden angewandten Arbeiter in Rechnung zieht, so ergibt sich, daß in Wien 102 250, im übrigen Niederösterreich 12 342 Ueberschunden gemacht wurden. Das sind (in Wien) 9295 Normalarbeits-tage oder 1549 Normalarbeitswochen, beziehungsweise (in der Provinz) 1122 Normalarbeits-tage oder 187 Normalarbeitswochen.

Was auf Grund der Ueberschundenbewilligungen, die beschäftigten Arbeiter mehr gearbeitet haben, ist natürlich den Nichtbeschäftigten entgangen. Ohne Gestattung der längeren Arbeitszeit hätte ein Theil Arbeiter mehr beschäftigt werden müssen. Eine hübsche Probe sozialpolitischer Weisheit der Behörden.

Achtstundentag. Die Ziegelbrenner von Boston (Vereinigte Staaten von Nordamerika) haben den Achtstundentag errungen. Bei und im lieben Deutschland, das bekanntlich „an der Spitze der Sozialreform“ marschiren soll, müssen die Arbeiter in den Ziegeleien sich noch 14, 16, ja 18 Stunden abschniden.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Eine beachtenswerthe Antwort giebt der hier erscheinende Nordwestdeutsche Bau-gewerks-Anzeiger auf die Anfrage, wie es mit der Gründung des von der Redaktion des Blattes im Verein mit mehreren hiesigen Baugewerksvereinen projektierten „Hamburgischen Bau-gewerks-Schubvereins“ stehe? Die Antwort lautet: „Unsere Bemühungen sind bisher leider von einem rechten Erfolge noch nicht getränkt worden, und zwar in erster Linie deshalb nicht, weil es an dem Entgegenkommen sowohl einer ganzen Reihe von Baugewerksmeistern, als auch an dem der Führung fehlte. Wenn auch die Initiative zu der Gründung eines solchen Schubvereins von uns ausgeht, so ist es doch Sache derjenigen Berufsmänner, um deren Wohl es sich handelt, den Gedanken aufzunehmen, zu verhandeln und, wenn er für gut und ausführbar befunden wird, so schnell wie möglich zu realisiren. In Berlin ist dies geschehen, hier leider nicht. Außerdem wurden unsere Bemühungen durch die Epidemie unterbrochen. Wir verlieren indessen die Hoffnung nicht. Und wie wir nach wie vor den Piraten- und Schmarotzer des Baugewerks mit offenem Messer in unserm Gatte entgegen treten, so werden wir auch weiterhin unermüdet zur Stärkung und Hebung des Baugewerks durch „Selbsthilfe“ unser Theil beitragen suchen. Wir müssen offen bekennen, daß wir das Heil kaum noch von den gutwilligen sogenannten „großen“ Baugewerksmeistern und von der bisher absolut interesselosen Führung erwarten, sondern von einem einmütigen Aufstehen gerade der kleineren Meister sämtlicher Branchen des Baugewerks.“

Positiv beobachtet die Vereinigung der kleineren Meister, wenn sie zu Stande kommen sollte, den Arbeitern gegenüber ein vernünftigeres, ehrlicheres und gerechteres Verhalten, als bisher das Großunternehmer- und Innungsprogenthum. Ihr Schade würde das nicht sein.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Zimmerleute hat auf Grund des § 6 Abs. 4, 5 um. des Verbandsstatuts beschloffen, auch diesen Winter, in der Zeit vom 1. Dezember 1892 bis 31. März 1893, eine Reiseunterföhung zu gewähren, und wurde dieselbe auf 60 Pfennige in jedem Lokalanverband festgelegt. Diese Unterföhung darf jedoch nur an diejenigen Mitglieder gegablt werden, welche dem Verbands mindestens ein halbes Jahr angehören und deren Bücher vollständig in Ordnung sind. Ferner darf die Unterföhung nur gewährt werden bei Reisen, welche mindestens 5 Meilen von dem letzten Arbeitsort des Mitgliedes entfernt sind. Wenn ein Mitglied an einem Tage schon einmal Unterföhung erhalten hat, so ist dieselbe zum zweiten Mal zu verweigern.

In Braunschweig wurde eine Vereins-versammlung der Zimmerer vollständig aufgelöst, weil ein Maurer referirte. Er sprach über das Baugewerbe, zu welchem die Zimmerer bekanntlich auch gehören. Jene politische Maßregel charakterisirte drastisch, als die schärfste Kritik es könnte, die Maginern, nach welchen in Braunschweig die Arbeiter von der Behörde behandelt werden.

Ein Kongreß der Maschinen- und Feizer Deutschlands tagte in Berlin am 20. und 21. Novbr. zum Zweck der Gründung eines Verbandes. Vertreter waren die Orte Altenburg i. S., Altona, Berlin, Bremen, Bremerhaven, Charlottenburg, Chemnitz, Erfurt, Halle, Hamburg, Hannover, Hildesheim, Leipzig, Spremberg und Wegefeld. Sämmtliche Delegirte waren einig darin, daß der zu gründende Verband auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen habe. Das von dieser Ansicht getragene Statut, welches in seinem ersten Para-

graphen besagt, daß der Verband die Hebung des Maschinen- und Feizerverbandes mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln bewerkstelligt, wurde denn auch von dem Kongreß einstimmig angenommen.

Die Direktion der großen Berliner Pferde-bahngesellschaft entließ eine Anzahl Studier- und Schaffner, welche sich an der jüngsten Bewegung für Verbesserung der Dienstverhältnisse betheiligten. Ferner wurde zum 1. Dezember über 70 Personen gekündigt wegen Nichtnahme an Versammlungen.

Thätlich! Wie können sich auch die Pferdebahnbediensteten erwehren, als Mensch leben und zur Erreichung dieses Zweckes sich untereinander koaliren zu wollen. Solche Allüren stehen nur den Direktoren, Aktionären und ähnlichem Ausbeutergelicht zu.

Vom „Koalitionsrecht“ des deutschen Arbeiters. Auf acht Tage sollen die Fischer Frieze und Müller in Berlin in's Gefängniß wandern, weil sie — wie das „Volkblatt für Anhalt“ berichtet — „trotz Verbots der herzoglichen Regierung eine Bahnstelle des Deutschen Tischlerverbandes geistert haben und Ersterer sie noch führt.“ So ist der Arbeiter höchstes Recht, wenn sie es ausüben, ihr höchstes Unrecht!

Schwarze Listen. Der „Bremer Bürgerzeitung“ ist ein Birtular des Bremer Zigarren-Fabrikantenvereins in die Hände geipelt worden, der bisher stets den Gebrauch dieses schändlichen Mittels in Abrede stellte, in welchem den dem Verein angehöri-gen Firmen „stillsitt-anheimgegeben“ wird, die Arbeiter, welche jüngst bei der dem obigen Verein angehöri-gen Firma Bradt & Brügge-mann in Langwedel die Arbeit niedergelegt haben, unter keinen Umständen zu beschäftigen, und wenn von jenen der Eine oder Andere etwa bereits zur Arbeit angenommen sein sollte, denselben wieder zu entlassen. 43 Arbeiter werden mit Namen genannt und von ihnen wieder drei als „Agitatoren“ und „Hauptstillsittler“ bezeichnet. Weil diese Leute den Verluß gewagt haben, ihre eminent traurige Lage etwas zu verbessern, werden sie auf die Straße geworfen und sollen nun, überhaupt von der Arbeit ganz ausgeschlossen, dem Verderben überliefert werden. Das ist kapitalistische „Moral“ und „Gerechtigkeit“. Sälten die Arbeiter die Macht dazu, so würde es nur ein Akt der Wiedervergeltung sein, wenn sie die Herren Kapitalisten verhungern ließen.

Zum Kapitel über das Koalitionsrecht der Arbeiter. Ueber die Rücksichtslosigkeit, mit welcher das angebl. an der Spitze der Sozialreform marschirende Deutsche Reich gegen die organisirte Arbeiterschaft verfährt, wirkt eine Veröfentlichung des Oberlieutenants a. D. Kühne, des Direktors der Bismarck-Fabrik, ein großes Streiflicht. Dieser Mann gab im Prozeß Alshardt, nach der Darstellung der „Staatsbürger-Ztg.“, auf die Frage: wie es komme, daß die thätigsten Maschinenmacher gegen Entgelt in der Fabrik arbeiteten, unter Jeugeneid folgende Erklärung ab:

„Das Ministerium hatte angeordnet, daß alle Leute, welche am 1. Mai v. J. streikten, ohne Weiteres entlassen werden sollten. Infolge dessen mußte ich vierhundert Mann, zum Theil gutschulte Leute entlassen. Die Weiter-föhrung des Betriebes stand in Frage und jede Hülfe schien geboten.“

Also vierhundert brave Arbeiter mußten auf Befehl einer Reichsverwaltung aus Lohn und Brot gejagt werden, die weiter nichts gehan hatten, als ohne Genehmigung des Privatunternehmens einen Tag oder ein paar Stunden lang nicht zu arbeiten, um theilzunehmen an einer im übrigen nach allen Richtungen hin gesetzlich durchaus zulässigen Manifestation. Sämliche Zustände!

Die Grazer Maurer und deren Hilfsarbeiter sind in eine energische Bewegung zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen eingetreten. In einer von ihnen abgehaltenen Versammlung wurde dargelegt: Die Saison währt vom 1. März bis 30. November (9 Monate). Der Verdienst für diese Zeit beträgt mit Abzug der Sonn- und sonntigen Feiertage für den best-bezahlten Maurer fl. 318, oder pro Tag fl. 1.50; der des mittelmäßigen fl. 281.32, pro Tag fl. 1.35. Der schlechteste verdient fl. 237.25. Ein Tagelöhner (männlich) verdient in diesem Zeit fl. 166.10, die Tagelöhnerin fl. 107.69. Von diesem Verdienst soll nun der Arbeiter oder die Arbeiterin 365 Tage leben!

Die Bau- und Maurermeister — so führt Kollege Mittelmaier aus — bauen sich ein Haus um das andere, welches sie ihr Eigen nennen, trotzdem daß sie fortwährend vom Darraufzahlen jammern. Doch nicht das allein; es hat Jeder noch oben-drein ein schönes Stimmchen Baarvermögen. Nun wissen wir aber auch, daß, wenn ein Meister anfängt, selbstständig zu bauen, er sehr wenig Vermögen hat und größtentheils mit Kredit arbeitet. In einigen Jahren ist die Sache eine ganz andere geworden, wie wir vorher gesehen haben. In technischer Hinsicht hat sich die Bauführung seit den 70er Jahren so rasch entwickelt, daß es kaum denkbar ist. Die Bau- und Maurermeister lassen sich die Pläne, sowie überhaupt jede Berechnung von Technikern und einigen angehehlten Personen machen, so daß sie bei Ausführung des Baues sonst weiter gar nichts zu thun haben, als den Profit einzuhaken. Zur Ueberwachung der Arbeit und der Arbeiter werden einige besser sachkundige Arbeiter als Antreiber angestellt, die wohl um einige Gulden mehr Lohn und den Titel Pariter erhalten, aber eben so gut ausgebeutet werden, als die gewöhnlichen Arbeiter.

Die Bau- und Maurermeister sind heute nichts Anderes, als Arbeitsvermittler; sie rühren keinen Finger, sie haben es nicht nötig, sich geistig anzustrengen, das bejorgen schon Andere. Die Arbeiter werden somit geistig und physisch von dem Meister ausgebeutet; er streicht ohne Mühe den Mehrertrag der Arbeit, welcher nicht klein ist, ein.

Die Versammlung beschloß, folgende Forderungen zu stellen: 1. Vom 15. März 1893 an einen Minimalarbeits-lohn der mindertätigen Maurer von fl. 1.80, für mittel-tätige fl. 2. und für die thätigsten fl. 2.20 pro Tag.

2. Für Tagelöhner einen Minimallohn von fl. 1.20 bis fl. 1.40; für die Tagelöhnerinnen 80 fr. und für Bekleidungen im ersten Lehrjahre 80 fr., im zweiten fl. 1, im dritten fl. 1.20 und im vierten fl. 1.40 pro Tag.

3. Jeden Montag und Samstag neun-stündige Arbeitszeit, und zwar von 7 Uhr Früh bis 5 Uhr Abends mit einer ein-stündigen Mittagspause. An den übrigen Wochentagen müssen die zehn-stündige Arbeitszeit und die bisher üblichen Ruhepausen streng eingehalten werden.

4. Die Lohnauszahlung hat Samstag um 6 Uhr Abends zu beginnen und muß so gefandt werden, daß dieselbe bis längstens 6 Uhr Abends beendet ist. Jedes weitere Zumarren wird als Zeitversummniß betrachtet und muß im Prozentlage zum üblichen Tagelohn dem Arbeiter bezahlt werden.

Das Vertrauensmännerkomitee erläßt einen Aufruf, in welchem es heißt:

„Es wird die ganze Kraft, Ausdauer und Solidari-tät der Bauarbeiter Oesterreichs nötig sein, wenn sie Geltung erlangen sollten. Deshalb, Bauarbeiter, fordern wir Euch auf, jetzt schon dafür zu sorgen, daß Jeder, der nächsten Jahr nach Graz reisen will, sich früher genau über den Stand der Dinge informirt, und ist ein Streik aus-gesprochen, so ist es notwendig, daß wir mit aller Strenge jeder Zugzug von Bauarbeitern nach Graz ferngehalten wird.“

Wenn wir siegen, so ist ein großer Schritt für sämmtliche Bauarbeiter Oesterreichs nach vorwärts gemacht. Unterliegen wir, so wirkt dies auch auf alle Anderen hemmend zurück.“

Die Glasfabrikanten in Altona (Schott-land) haben gegen nach Deutschland emigrierte, welche Glasbläser zu Streikbrechern werden anwerben sollen. Die schottischen Glasbläser warnen ihre deutschen Kollegen, den Versprechungen dieser Agenten Gehör zu geben, und bauen fest darauf, daß die Absichten der Fabrikanten an der internationalen Solidari-tät der Arbeiterschaft scheitern werden.

Die Arbeitslosigkeit

greift im Deutschen Reich, besonders in den Groß-städten, in wahrhaft schreckenerregender Weise um sich. Die sich von Tag zu Tag verschärfende Situation gab kürzlich der „Frankf. Ztg.“ Anlaß zu folgender Mahnung:

„Die ersten Schneeflocken, die der kommende Winter dieser Tage als seine Vorläufer zur Erde geschickt hat, können Alle, die es angeht, rechtzeitig an Vorkehrungen gegen ein Uebel erinnern, das in den nächsten Monaten wahrscheinlich eine schlimmere Gestalt als je annehmen wird: an Maßnahmen zur Verhinderung der Arbeitslosen. Die jetzt schon beklümmert den rauhen Jahreszeit entgegensehen. Die Krisis, in der wir stehen, ist nicht leicht zu nehmen; man darf sie nicht beurteln nach dem Gefühl derjenigen, die aus der warmen Stube in das Schneefeld der Straßen blicken. Wie bitter würde sich die offizielle Ablehnung eines Volksantrages im vorigen Jahre! Die deutsche Reichsregierung hat letzten Winter zum ersten Mal seit Bestehen des Deutschen Reiches förmliche Kravalle Arbeitsloser erlebt, bei denen es zu bedrohlichen Ausföhrungen kam; und so sicher es ist, daß in diesen Ausföhrungen hauptsächlich Professionsbummler betheilt waren, so wenig kann ge- leugnet werden, daß die Summe ohne eine ausgebeutete Arbeitslosigkeit jenen Umfang nicht hätten annehmen können. Seitdem ist es nicht besser, sondern schlimmer geworden; unsere größten Industrien, der Kohlenbergbau und die Metallindustrie, haben seit Monaten zahlreiche Arbeiter entlassen müssen und das Schlimme ist die schleichende Beschäftigungslosigkeit, die nicht durch besondere Arbeitseinschränkungen in die Augen fällt, sondern sich um Stillen von Fabrik zu Fabrik, von Werkstatz zu Werkstatz, von Bauplatz zu Bauplatz ausbreitet. Außer-dem verschärfen die Wirkungen der Choleraepidemie, die sich noch immer weit über Hamburg hinaus sichtbar machen, die Noth ganz wesentlich.“

Beachtenswerth ist eine Verhandlung, welche kürzlich in einer Sitzung der Halle'schen Stadverordneten über die Arbeitslosigkeit und ihre Befämpfung gepflogen wurde. Ein Mitglied dieser Körperschaft wies darauf hin, daß seiner Erfahrung nach schon im Sommer viele Arbeiter infolge der Krisis unangekommenen Verdienst gehabt hätten; die Listen der Wohlthätigkeitsvereine und des Leihamtes bezeugen diese Wahrnehmung. Ehe die Stadverwaltung einen Nothstand in großem Umfange eintreten lasse, solle sie eine möglichst große Reihe von öffentlichen Arbeiten, die für später beschloffen seien, jetzt gleich in Angriff nehmen, auch wenn sie dabei auf einige Jahre die Finzen der Anlagekapitalien opfern. Ueberdies habe aus demselben Grunde für außerordentliche Arbeiten M. 120 000 bewilligt. Der hiesiger Oberbürgermeister stimmte diesen Vorschlägen durchaus zu und schloßerte die Lage eher noch düsterer; der Magistrat habe bereits die Finanzmaßnahme der verbleibenden öffentlichen Arbeiten beschloffen und den Stadthausratz erucht, „schleunigst Vorschläge über weitere Arbeiten zu machen.“ Ob diese Absichten verwirklicht werden sind, darüber hat man außerhalb Halle's seitdem nichts wieder gehört.

Selbst die nationalliberale „Magdeburger Ztg.“ schreibt: „Angesichts der außerordentlichen Verhältnisse, welche auf die Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheit hindrängen, dürfte es daher die ernsteste Aufmerksamkeit der Eisenbahnverwaltung verdienen, durch Beschleunigung der dem Bau voranzugehenden Vorbereitungen alle Bahndauten — ohne Verzög aus-zuföhren.“

Wir gehören nicht zu denen, die der Hoffnung sind, daß, auch angesichts der dringendsten Gefahr, auf diesem Wege jetzt plötzlich etwas geteilt werden wird. Wenn die preussische Eisenbahnverwaltung für ihre Arbeiter wirklich etwas thun wollte, dann würde sie ihnen nicht seit Wochen Lohnabzüge machen, und wenn der Staat überhaupt sich seiner Aufgabe in diesem Falle bewußt wäre, so hätte er durch Beschleunigung und Ver-

boppelung anderer Arbeiten, d. h. am Nordostkanal, schon viel bemerkt können. Statt dessen sind am Kanal die Arbeiten theils ganz unterbrochen, theils wesentlich eingeschränkt worden; es blieb die Arbeiter halten sich aus Furcht vor der Cholera schüchtern als sonst in ihre Heimath begeben. Hier in Hamburg lag der Bürgerchaft bekanntlich ein Antrag vor, der dahin geht, daß alle zur Ausführung bereits beschlossenen Staatsarbeiten und Lieferungen sofort in vollster Ausdehnung gefördert werden; für alle noch weiter der Ausführung entgegengezeigten und in Aussicht genommenen Staatsarbeiten die Anträge auf Bewilligung unverzüglich vorgelegt werden und die Ausführung sämmtlicher Staatsarbeiten und Lieferungen, soweit sie hier ausgeführt werden können, bis auf Weiteres nur an Hamburg'schen Gewerbetreibende in Auftrag gegeben werden.

In der Bürgerchafts-Sitzung vom 30. November gelangte dieser Antrag zur Verhandlung. Derselbe wurde mit einigen Aenderungen angenommen. In der Debatte führte der Antragsteller, Herr Schütz, aus:

„Niemand von den Antragstellern habe daran gedacht, daß nun alle Staatsarbeiten überführt werden sollten. Alle Arbeiten sollten in der richtigen und gewöhnlichsten Weise vorbereitet werden, aber manche Arbeiten, die gewöhnlich vorbereitet seien, hätten schon etwas früher gefördert werden können. Er erinnere nur an die Erbauung eines neuen Petroleumhafens. Mit Zuzugnahme dieser Arbeit könnte viel Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Auch der Bau des Zivil-Justizgebäudes könnte mehr gefördert werden, um Arbeit für mehrere Tausende zu schaffen. Allerdings sei eine Reihe von Arbeiten seitens der Finanzdeputation zur Submission gestellt, was er anerkenne. Man beschränke, wenn die Arbeiten thunlichst nur an Hamburger Gewerbetreibende vergeben werden, sich hier ein Ring schließen würde, um die Preise in die Höhe zu treiben. Er begreife diese Beschränkung nicht. Uebrigens ließen sich geeignete Maßregeln treffen. Auch der Einwand, daß Hamburg als Welthandelsplatz sich nicht so engberichtig abschließen könne, da auch von auswärts jetzt für Hamburg so viel gethan worden, sei, wenn man den gegenwärtigen Ausnahmezustand, die Nothlage, berücksichtige, nicht stichhaltig. Es sei ja bedauerlich, daß die Löhne hier, weil Hamburg nur einmal Welthandelsplatz sei, so in die Höhe getrieben worden seien, immerhin müsse man doch, ohne Rücksicht auf höhere Kosten, den hiesigen Gewerbestand schützen.“

Also bedauerlich ist's, daß hier in Hamburg die Löhne, so in die Höhe getrieben worden sind!!! Herr Schütz scheint nicht zu ahnen, daß diese hohen Löhne, selbst bei den bestbezahlten Arbeitern nicht ausreichen zu einer halbwegs menschenwürdigen Existenz. Wir werden uns mit dieser Forderung noch etwas näher beschäftigen.

Die Leipziger Arbeitslosen saßen in einer von ca. 1500 Personen besetzten Versammlung eine Resolution, in welcher der Magistrat ausgefordert wird, „alle nur erdenklichen Arbeiten der Gemeinde sofort in Angriff nehmen zu lassen, und zwar nicht etwa in der Weise, daß Abbruchsarbeiten oder das Ausschachten von Bauten an Privatunternehmern vergeben werden, sondern diese Arbeiten sollen direct an die Arbeiter unter Leitung sachverständiger Beamten übergeben werden.“ Eine aus den Herren Jacob, Richter und Klein bestehende Kommission hat diese Resolution dem Magistrat unterbreitet. Der Oberbürgermeister Dr. Georgi hat der Deputation mächtigste Befehlsgewaltung der städtischen Arbeiten zugewagt; er lehnte es jedoch entschieden ab, diese Arbeiten in städtischer Regie ausführen zu lassen. Dazu bemerkt der Wähler: „Die Regie-Arbeit ist eben nicht nach dem Gesetze unserer Stadtverordneten. Die im Stadtverordnetenkollegium sitzenden Junksmeister und Obermeister nehmen für sich das Privilegium in Anspruch, die Arbeiter bei der Ausführung öffentlicher Arbeiten in privatspitalistischer Weise nach allen Regeln der Kunst auszunutzen. Die von den Privatunternehmern Gemahregelten, die Hyster, die am längsten Arbeitslos, kommen dabei natürlich nur in den seltensten Fällen in die Lage sich in den Dienst des Privatkapitals zu stellen.“ Das Organ der Leipziger Bourgeoisie, das Leipziger Tageblatt, plädiert bereits dafür, daß die Arbeit der Arbeitslosen in der Regel der Armenpflege überwiesen, also des Wahrscheinlich verlustig gemacht werden sollen. Für nat.-nassiberale Wahlwerde am Hungertode nagende Arbeiterbevölkerung mißbraucht zu sehen, würde dem eben Blatte selbstverständlich gefallen. Ob der Magistrat den Wunsch seines Moniteurs erfüllen wird, wollen wir abwarten.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 1. Dezember fand die Arbeitslosigkeit wieder einmal auf der Tagesordnung. Am 22. September hatten die Stadtverordneten und Genossen an den Magistrat die Anfrage gerichtet:

„Welche Schritte, betreffend die schleunige Zuzugnahme städtischer Erd- und Bauarbeiten, der Magistrat in Gemäßheit der Zustimmung des Bürgermeisters Jelle vom 8. März d. J. gethan hat und welche er noch zu thun gedenkt, um der für den kommenden Winter drohenden großen Arbeitslosigkeit entgegenzutreten.“

Besichtlich des ersten Theils der Anfrage läßt sich der Magistrat in seiner der Versammlung zur Kenntnissnahme resp. zur Beschlußfassung über die aus Anlaß der ergriffenen außerordentlichen Maßregeln eingetretene Staatsüberstellungen zugegangenen Vorlage vom 22. November dahin aus: „Es liegt in der Natur der Sache, daß zur Beschäftigung der nach manuell, das heißt handarbeit lufenden Personen in erster Linie die städtische Park- und Gartendeputation durch Anordnung von Erdarbeiten beitragen konnte, weil solche unter der Anleitung von Aufsichtsbeamten auch von weniger geübten Personen ausgeführt werden können.“

Was den zweiten Theil der Anfrage betrifft, welche Schritte der Magistrat zu thun gedenkt, um der für den kommenden Winter drohenden großen Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, ist der Magistrat der Ansicht, daß zur

Zeit noch keine Veranlassung vorliegt, aus dem gewöhnlichen Rahmen der regelmäßigen Arbeiten, wie sie der gegenwärtige Etat anführt und wie sie der von ihm vorzuliegende Entwurf des Etats pro 1893-94 vorsehen wird, hinauszuweichen. Schon jetzt eine für den kommenden Winter drohende große Arbeitslosigkeit anzuerkennen und daraufhin mit außerordentlichen Vorkehrungen und Anforderungen zu kommen, würde weder den thatsächlichen Verhältnissen, soweit sie zu überleben sind, entsprechen, noch rationell sein, da von anderen Bedenken abgesehen, dergleichen Vorkehrungen und Anforderungen nur einen noch größeren Zugang von beschäftigungslosen und anspruchsvollen Nichtberlinern nach unserer Stadt zur Folge haben und dadurch den hiesigen Ortsangehörigen nur die Arbeitslosigkeit und den Arbeitsverdienst schmälern würden. In dieser Beziehung seien bei dem Magistrat oft Klagen darüber geführt worden, daß nicht selten von außerhalb erst kürzlich eingewanderte Arbeiter den eigentlichen Berliner Arbeitern vorgezogen würden, so daß er die theilhaftigen städtischen Verwaltungsstellen angewiesen habe, obwohl eine derartige Untercheidung oft im einzelnen Falle schwierig ist, denn, wenn irgend thunlich, die eingewiesenen Arbeiter vor den auswärtigen in erster Linie und vorzugsweise zu beschäftigen.“

Der Stadtverordnete Singer ging mit dieser Entscheidung des Magistrats scharf in's Gericht. Er sagte u. A.: „Wenn der Magistrat erklärt, daß für den bevorstehenden Winter einen drohenden Nothstand anzuerkennen den städtischen Verhältnissen nicht entspräche, so muß ich daran verzweifeln, die Quellen zu ermitteln, aus denen der Magistrat geschöpft hat. Wer in der gewerbetreibenden Kreise umherkommt, die Verhältnisse nur ein wenig kennt und nicht absichtlich und hermetisch sein Ohr vor den Tagesereignissen verschließt, kann unmöglich dieser Magistratsentfaltung folgen. Ich möchte wirklich bitten, die Anhaltspunkte anzugeben, auf welche die Meinung des Magistrats sich gründet. Er brauchte ja bloß durch die Gewerbe-Deputation bei den verschiedenen Arbeiterorganisationen und bei den Arbeitsnachweisern der Arbeiter und Arbeitgeber sich zu erkundigen, dann wäre er zu einer anderen Auffassung gekommen. Wenn ferner der Satz, die Anerkennung der drohenden Arbeitslosigkeit sei wegen des, eventuell zu befürchtenden Zugusses von außen nicht opportun, in einem Attesthild des Schützburger Magistrats vorgekommen wäre (Unruhe), dann würde man dahlte Verständnis haben; im Berliner Magistrat wünschen wir eine solche Vogelstrauß-Politik nicht zur Geltung kommen zu sehen. Wir Alle wissen ganz genau, daß die Arbeitslosigkeit dieses Winters einen Umfang erreichen wird, größer selbst als der des traurigen Vorjahres. Aber charakteristisch ist, daß derlei Magistrat, der das befürchtet, durch seine eigenen Maßnahmen diesen Zugang befördert und begünstigt. Denn er läßt seine Arbeiten nach privatspitalistischem Systeme bejahren, gibt alle städtischen Arbeiten den Unternehmern in Regie, giebt dieselben Unternehmern, die er hat anweisen lassen, in der Regel nur Berliner zu beschäftigen, läßt die Agenten in die Provinz, um von hier billigere Arbeitskräfte zu beschaffen. Mit städtischem Gelde geschieht hier also, was der Magistrat gerade verhindern will. Das embehrst doch jeder Logik.“

Die Mittheilungen des Magistrats lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß in der bisherigen Weise fortgepuscht wird. Wir können hier nichts thun, als immer wieder darauf hinzuweisen, was nöthig ist, um wenigstens das schlimmste Uebel von einem großen Theile der Bevölkerung abzuwenden. Wir wollen keine Wohlthaten für die Arbeiter, sondern wir wollen es für die Pflicht der Stadt, Denjenigen, die arbeiten können, Gelegenheit zur Arbeit zu geben.“

Das Verhalten der meisten städtischen Behörden in Deutschland zeigt wieder einmal, daß die gesamte Gemeindeverwaltung bezüglich des Wahlrechts und vieler anderer Dinge, noch gar nicht auf die Bedürfnisse des vierten, zahlreichster Standes zugeschnitten ist. Selbst zu normalen Zeiten fehlt den städtischen Behörden meist die nöthigenswerthe Föhlung mit der arbeitenden Bevölkerung. Es ist Thatlage, daß die aus Vertretern des Besitzenden Bürgerthums sich gebildeten Gemeindeverwaltungen durch Rücksicht auf die Sonderinteressen ihrer Klasse verurtheilt sind zur Unfähigkeit, mittelliche kommunale Sozialpolitik zu treiben, insbesondere das Problem der Beschäftigung Arbeitsloser zu lösen. Dringlichst Maß für die Vertreter der Arbeiterklasse allüberall da, wo es über das Wohl und Wehe des arbeitenden Volkes zu entscheiden gilt!

Situationsberichte.

Maurer.

Ottensen. Eine öffentliche Versammlung der Maurer von Ottensen und Umgegend tagte hier am 29. November unter dem Vorsitze der Kollegen Bergmann und Braß mit der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns gegen die Altonaer Kollegen betreffs der Wandervereinigung?“ Nach geschlossener Bureauwahl legte der Vorsitzende klar, wie seit vielen Jahren die Maurer Altonas sowie die Maurer-Ottensens zeitweise gemeinschaftlich und zeitweise jeder Ort für sich das Vereinstreffen gehabt hätten. Wie man schon früher erlebt, so sei es auch jetzt wieder in der gemeinschaftlichen Bahnhofs (Altona), das es in den meisten Versammlungen zu Reibereien der beiden Ortsgenossen käme, wobei die Ottensener Maurer immer wie Fremdlinge behandelt würden. Die Folge davon sei, daß jetzt nur 48 Maurer Ottensens dem Vereine angehören, anstatt hier vordem ein Verein bestand, der über 200 Mitglieder hatte. Um aber der Gewerkschaftsbewegung keinen Abbruch zu thun, müßten andere Maßregeln getroffen werden. Herr Winkelmann sowie mehrere andere Redner legten den Sachverhalt über das Verprechen der Altonaer Kollegen klar betreffs der Wandervereinigung. Sie erklärten, den Instanzenweg des Statuts des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands verfolgt zu haben, um die Altonaer an ihr Verprechen zu binden. Der Vorsitz mit der Anfrage um

eine Bahnhofsstelle sei vom Vorstande nicht beantwortet, sie hätten sich deshalb mit einem Schreiben an die Generalversammlung gewandt; dieselbe hätte die Sache dem Ausschuss überwiesen. Da der Ausschuss aber laut Schreiben erklärt, wenn die Altonaer die Wandervereinigung nicht noch wie vor abstellen, so seien die Ottensener Maurer berechtigt, eine Bahnhofsstelle zu gründen. Dies sei von den Altonaern nicht befolgt. Nach Schluß der Debatte wurde der Antrag angenommen, einen provisorischen Vorstand zu wählen, um die Bahnhofsstelle Ottensen beim Hauptvorstande anzumelden und um Juststellung des Materials nachzuladen. Gewählt wurden: H. Dohner, Bevollmächtigter, H. Brädt, Schriftführer, E. Koneke, Kassier. Den Verwaltungsbeamten wurde das Recht gegeben, sich nach Bedarf zu ergänzen. Ferner wurden dieselben beauftragt, sämmtliche Briefe, welche in dieser Sache verhandelt würden, einzufahren zu lassen, um auf seine Hindernisse zu stoßen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Nummerung der Redaktion. Auf Anfrage beim Vorsitzenden, Herrn A. Dammann, wird mitgetheilt, daß derselbe nicht in der Lage war, einen Brief aus Ottensen, in welchem um Gründung einer Bahnhofsstelle nachgesucht wurde, zu beantworten, weil ein solcher Brief heute nicht bei ihm eingegangen ist.

Hamburg. Am 24. November hielt die hiesige Bahnhofsstelle des Zentralverbandes der Maurer ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Herr Schwarz ein Schreiben des Vorstandes der Vereinstädter, durch welches die Mitglieder aufgefordert werden, ihre Frauen anzustellen, ihren Bedarf an Badmatten aus obengenannten Bäderei zu beziehen. Hierauf berichtete Schwarz über die Kartellversammlungen. Ein Antrag der Brauer, die Kartellmission möge nachmals zwecks Einstellung der Gewerkschaften bei den Brauereien vorstellig werden, ist abgelehnt worden. Die Tapfer, welche einen Antrag eingebracht haben, um Eingabe einer Petition zwecks Vereinstellung der offenen Kofeeseuer auf Bauten und Vergütung der Fenster im Winter, wenn sie im Bau arbeiten müssen, seien angewiesen worden, sich mit den Vorständen der verschiedenen Vereine der Bauhandwerker in Verbindung zu setzen, um weitere Schritte gemeinschaftlich zu berathen. Von den Schneidern sei mitgetheilt worden, daß sie in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einberufen wollen, um einmal das Bekannte Unwesen der Konfessionen zu untersuchen, insbesondere der Goldenen Neun, klar zu stellen. Der Antrag der Maurer auf Reorganisation des Kartells sei einer Kommission überwiesen. Ein Antrag v. Elm, die Vereinstellung der Maurer zu veranlassen, an Stelle des Delegierten Hartwig ein anderes Mitglied in das Kartell zu entsenden, weil dieser in einer öffentlichen Versammlung die Gewerkschaftsbewegung als null und nichtig erklärt habe, sei angenommen worden. Ferner sei von den Bäderei-Klage gefügt über die Vereinstädter; dieses sei an eine Kommission überwiesen. Ueber den Antrag v. Elm betr. Ausschluß Hartwig's entsann sich eine lebhafte Debatte, an der sich Hartwig, Schwarz, Lorenz, Staning, Meyer und Vater theilnahmen. Die Debatte endete damit, daß Hartwig sein Mandat niederlegte. Hierauf wurden die etwaigen Kosten für die von den Tapfern in Anregung gebrachte Petition bewilligt. Dann verliest Redner das Ergebnis der Arbeitslosenstatistik, welcher wir folgende Zahlen entnehmen. Nach den 1271 eingegangenen Fragebögen waren zur Zeit arbeitslos: 205 Verheirathete mit 793 Angehörigen. 1558 Wöden, durchschnittlich 7 1/2 Wochen, 83 Wöden, 511 Wöden, durchschnittlich 6 1/2 Wochen. Im Laufe des Jahres vor der Epidemie waren arbeitslos: 940 Verheirathete mit 3807 Angehörigen, zusammen 11 749 Wöden, durchschnittlich 12 1/2 Wochen, 218 Wöden zusammen 1526 Wöden, durchschnittlich 7 Wochen. Nachdem noch beschlossen worden, das Mitgl. Winkelmann, welcher Streikbrecher sein soll, zur nächsten Versammlung einzuladen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Arhee. Am Sonntag, den 27. November, Nachmittags 4 1/2 Uhr, fand im Lokale des Herrn R. Sach eine öffentliche Maurervereinigung statt. Nach erfolgter Bureauwahl ertheilte der Vorsitzende, Herr Kellermann, zum ersten Punkte der Tagesordnung, „Welche Bedeutung hat die Gewerkschaftsbewegung für die Kultur?“ dem Referenten, Herrn Staning, das Wort. Derselbe führte aus, daß der Arbeiter, welcher einer Gewerkschaft angehöre, durch dieselbe seine Klassenlage begreifen lerne und dadurch von selber auf das politische Gebiet gedrängt würde. Das Bestreben der Gewerkschaften zielt darauf hin, ihren Mitgliedern bessere Lebensbedingungen zu erringen, um sie widerstandsfähiger gegen die Macht des Kapitals zu machen. Durch die Entwicklung der Technik würde immer mehr die Arbeitslosigkeit gefördert, so daß dieselbe schon allmählig eine dauernde würde. Die Mahnung, anstatt ein Vortheil für die Arbeiter zu sein, sei jetzt ein größter Feind. Redner führte als Beispiel die Stednadel-Industrie an, wo ein Arbeiter jetzt mittelft der Maschine das 1000fache anfertigt gegen die Leistung zu Anfang dieses Jahrhunderts. Ferner führte der Referent aus, wie ungerecht der Arbeiter bei der Vertheilung des Arbeitsertrages behandelt würde, indem die Unternehmer und Fabrikanten stets den Löwenanteil für sich behalten und dem Arbeiter kaum Social zutommen lassen, daß er sein Leben fristen kann. Dem Arbeiter würde noch nicht einmal der zehnte Theil dessen zu Theil, was er an Werthen schafft. Die 8 größten Bankinstitute Deutschlands — gänzlich unproduktive Genossenschaften — zählen an Dividende 12 Prozent und außerdem Fantomen an ihre Direktoren im Betrage von M. 40000-300000 zu ihrem Gehalt. — Nachdem noch verschiedene Redner die Ermahnung an den Gesellschaften gerichtet hatten, sich doch für nichts Befessers zu halten, als die gewöhnlichen Arbeiter, wie es leider noch vielfach geschehe, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Maurervereinigung, in der sämmtliche anderen Gewerkschaften und Arbeiter vertreten waren, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erachtet es als die Aufgabe eines jeden bestehenden Arbeiters, um die Befreiung seines

Standes von der Knechtschaft des Kapitals möglichst schnell herbeizuführen, sich der gewerkschaftlichen sowie politischen Arbeiterbewegung anzuschließen; sie erklärt hierin die wahre Förderung der Kultur. — In „Verschiedenes“ wurden insbesondere die Gesellen noch ermahnt, diejenige Lokale mehr zu besuchen, die uns zu Versammlungen zur Verfügung stehen, da von ihnen in dieser Hinsicht hart gefordert würde. Darauf erfolgte um 6 Uhr Schluß der anregenden Versammlung und können wir nur wünschen, Herrn Stanning bald wieder in unserer Mitte zu sehen.

Kiel. In der Versammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw., Zahlstelle Kiel, welche am 30. November stattfand, war als erster Punkt die Lokalfrage auf der Tagesordnung. Der Bevollmächtigte führte aus, daß der Lokalvorstand keinen Beschluß gefaßt hätte, vielmehr möchte aus der Versammlung beschlossen werden, ob das Versammlungslokal verlegt werden soll. Verschiedene Mitglieder sprachen für Verlegung und mehrere gegen dieselbe. Die Abstimmung, welche mittels Stimmzettel vorgenommen wurde, ergab, daß das Lokal verlegt werden sollte. Hierauf wurden mehrere Lokale vorgeschlagen, die Majorität stimmte für die Maurerherberge. Somit finden jetzt die Vereinsversammlungen alle 14 Tage und zwar die nächste am 14. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr, auf der Herberge 56 i G a r t e n statt. Zum zweiten Punkt „Verschiedenes“ machte der Bevollmächtigte noch bekannt, daß am 6. Dezember Kollege Stanning in einer öffentlichen Bauhandwerkerversammlung referieren würde; Redner ermahnte die Kollegen, recht pünktlich zu erscheinen.

Lehe. In der am 29. November abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. wurde zunächst auf Antrag des Kollegen Peters beschlossen, eine Schlußreferat in diesem Jahre nicht abzuhalten. Sodann sprach der Bevollmächtigte sein Bedauern aus über die mangelhafte Teilnahme an der Statistik, seitens der hiesigen Mitglieder, da von 286 ausgegebenen statistischen Büchern nur 12 wieder eingeliefert worden sind. Nach diesen Stelle sich der höchste Jahreserwerb auf 1.138,88, der niedrigste auf 781,28. Redner ermahnte die Anwesenden, sich in diesem Jahre mehr an der Statistik zu beteiligen. Hierauf brachte der Bevollmächtigte dem Kollegen Lippach ein Hoch aus, weil der Referierende als Besucher zum Gewerbebezirksgericht gewählt war. Derselbe nahm hierzu das Wort und hielt es für eine Schande, daß nur 8 Stimmen abgegeben worden sind, da über 200 Maurer am Orte wohnen. Ferner empfahl er den Anwesenden, den „Grundstein“ fleißig zu lesen, der „Grundstein“ sei ein Blatt von großer Bedeutung, und wer es nicht lese, interessiere sich auch nicht für die Bewegung. Hierauf wurde Kollege Simon als Delegierter für die Gewerkschaftskommission gewählt. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten folgte Schluß der Versammlung.

Offen a. N. Am 27. November fand im Vereinslokal, W. Str. 2, die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt. Nachdem die Beiträge erhoben und drei neue Mitglieder aufgenommen waren, wurde betreffs Abhaltung einer Festlichkeit beschlossen, kein Winterfest von der Zahlstelle aus zu veranstalten. Hierauf referierte Kollege B. Waller aus Oberfeld in einem sehr ausführlichen und lehrreichen Vortrage über das Thema: „Der wirtschaftliche Niedergang im Baugewerbe, dessen Ursache und Folgen.“ Der Referent referierte zunächst die einzelnen Mißstände, die durch den Grund- und Boden-Schwund und das Bauwesen hervorgerufen werden, sowie noch mehrere andere Mißstände, durch welche der Niedergang hauptsächlich heraufbeschworen worden sei. Die Folgen des Niederganges seien zunächst die Erniedrigung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Verschlechterung der Lebenshaltung und wie sich die Arbeiter hierbei in allen Einkünften müßten, wodurch viele Krankheiten entstehen. Den besten Beweis hätte man, wenn man die Jahresabrechnungen der Krankenkassen der letzten Jahre durchsehe; da würde man finden, daß fast sämtliche Klassen mit einem mehr oder minder großen Defizit abgegeschlossen hätten und die Sterblichkeit unter den Bauarbeitern immer mehr und mehr um sich gegriffen habe, wobei das durchschnittliche Alter von Jahr zu Jahr falle. In Oberfeld habe zum Beispiel im verfloßenen Jahre das Durchschnittsalter der im Baugewerbe beschäftigt gewesenen Arbeiter 31 Jahre 4 Monate betragen. Da wäre es doch sicher nicht sehr weit her mit der „gesunden“ Beschäftigung, als welche die Bauarbeit immer allgemeiner hingestellt würde. Abhilfe sei aber nur durch große und geschlossene Vereinigungen möglich, und in jedes Mitglied einer solchen Vereinigung habe die Pflicht, immer und überall, möge es sein wo es wolle, zu agitieren, um neue Mitglieder für die gewerkschaftlichen Berufsvereine zu gewinnen, gemäß den Worten eines Wortführers für die Rechte der Arbeiter, welcher sagte: „Strebet nach der Macht, so habt Ihr die Kraft.“ Der Referent erbat für seinen Vortrag den allgemeinen Dank der Versammlung. Hierauf fragte Kollege Trebin den Vorsitzenden in betreff der Veröffentlichung des Generalbevollmächtigten im „Grundstein“ wegen der in den einzelnen Zahlstellen gefaßten Beschlüsse und Resolutionen in Bezug auf den Delegiertentag. Nach gegebener Aufklärung wurde vom Kollegen Hansen die Wortführerei der Dortmunder Kollegen scharf kritisiert und verurteilt; er meinte, es sei doch wohl einzelne, ob die Dortmunder Kollegen einen Delegiertentag oder einen Maurerkongreß für Rheinland und Westfalen beschließen wollten. Weil die Eibfelder Resolution aber nun gerade das Wort „Maurerkongreß“ gebraucht habe, hätte man sich gleich daran gefaßt. Kollege Waller sagte diesen Ausführungen noch einige Bemerkungen hinzu. Hierauf richtete Kollege Hansen auch einige Worte an die augenblicklich hier arbeitenden norddeutschen Kollegen. Er führte aus: Er habe die Bemerkung im vorigen Heft auch in diesem Herbst gemacht, daß um diese Zeit durchweg meist Norddeutsche hier und in der Umgegend arbeiten, als im Sommer. Wenn dann

aber das Frühjahr komme, sehe man sie bald wieder verschwinden. Das sei an und für sich ja nicht schlimm und könne auch wohl niemandem Unbehagen genommen werden. Nun wären aber eben diese Kollegen immer die ersten, welche über die schlechten Verhältnisse, unter denen wir durch die große Zahl der indifferenten Kollegen hier viel zu leiden haben, ratiocinieren, nur nicht dort, wo es vielleicht angebracht sei. Er sei aber nun der Ansicht, daß die Ursache der schlechten Verhältnisse in der schwachen Beteiligung der hier am Platze arbeitenden Maurer an der Organisation liege, und daß da nur durch kräftiges Agitieren eines jeden aufgelaarten Kollegen Abhilfe zu schaffen sei. Wenn dann aber der liebe Sommer komme, wo es Zeit sei zum Agitieren, weil dann Rheinland und Westfalen von indifferenten Maurern, hauptsächlich aus Hessen und Nassau, geradezu überschwemmt würde, dann sei von diesen im Rheinlande aber nicht in der Solidarität starken Kollegen nichts mehr zu sehen. Es sei dies, wie die hier am Orte anwesenden Kollegen allgemein beobachtet haben, eine immer und immer wiederkehrende Erscheinung: Bemerkte müsse noch werden, daß allerdings auch einige norddeutsche Kollegen eine Ausnahme machten, so auch in diesem Sommer, welche tüchtig für den Verband im Verein mit den hier am Orte anwesenden Kollegen und zwar nicht ohne Erfolg agitiert hätten. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Essen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. spricht dem Referenten, Kollegen B. Waller aus Oberfeld, ihren Dank aus für den von ihm gehaltenen sehr lehrreichen Vortrag und berichtet, mit allen zur möglichen Mitteln für den Verband zu agitieren; sie hält aber auch an dem in der Versammlung vom 9. Oktober in betreff der Abhaltung eines Provinzial-Delegiertentages zwecks einheitlicher und regelmäßiger Befähigung der Agitation gefaßten Beschlüsse fest und ermahnt den Bevollmächtigten, sich unverzüglich mit dem Generalbevollmächtigten A. Dammann in Hamburg in Verbindung zu setzen.“ Zum Punkt „Verschiedenes“ wurde ein vom Kollegen Flieger eingebrachter Antrag, die „Baugewerkszeitung“ von der Zahlstelle aus zu halten, mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag des Kollegen Hansen, das „Sozialpolitische Zentralblatt“ vom 1. Januar ab von der Verwaltung aus zu abonnieren, einstimmig angenommen. Ueber den Antrag des Kollegen Kohlrusch, eine Mitgliederversammlung im Monat an einem Sonnabend abzuhalten, wurde nichts beschlossen, wohl aber vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß die nächste Versammlung voraussichtlich an einem Sonnabend abgehalten werden würde. Hierauf erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Bauhandwerker.

Glückstadt. Am 26. November tagte hier eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. In derselben referierte Kollege Stanning über: „Die Arbeiterbewegung und ihre Bedeutung für die Kultur.“ Zunächst sprach Redner sein Bedauern darüber aus, daß die Versammlung seitens der Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands so schlecht besucht sei. Zur Tagesordnung führte er dann aus, daß der Arbeiter müsse darauf bedacht sein, seine eigenen Interessen zu wahren, und dies bewirke er nur allein durch die Arbeiterpartei und deren Abgeordnete. Deshalb müsse er sie auch unterstützen, soweit er könne, denn nur die Arbeiterpartei sei im Stande, die Arbeiter aus dem Elend zu erretten, in das sie durch den Fortschritt der sogenannten Kultur geraten. Jede andere Partei bekämpfe die Forderungen der Arbeiter. Die Maschine sei dem Arbeiter nicht zum Segen, sondern zum Fluch geworden, denn jede Verbesserung der Technik mache menschliche Arbeit überflüssig. Die Kultur sei in den letzten Jahren bedeutend fortgeschritten, während die Arbeiter größtenteils noch auf demselben Standpunkt stehen, wie vor zwanzig Jahren. Wenn nun erst auf dem Gebiete der neueren Erfindungen in der Elektrotechnik weiter vorgeschritten wird, so werden noch viel mehr Arbeitskräfte überflüssig werden. Deshalb müssen die Arbeiter aber daran denken, diesem Uebelstande entgegenzutreten, und sie bewirken solches am besten durch die Organisation. Doch nicht allein auf gewerkschaftlichem Gebiete soll der Arbeiter thätig sein, sondern er muß sich hinüberretzen zum politischen Kampf. Die politische Bewegung solle ja eben die sein, in der jeder Arbeiter sein Recht erhält, und darum sei es vor allen Dingen notwendig, die Vertüglung der Arbeitszeit herbeizuführen, und müsse das Solidaritätsgefühl der Arbeiter mehr gepflegt werden; denn um etwas zu erreichen, sei es notwendig, daß die Arbeiter geschlossen vorgehen. Ein jeder Arbeiter müsse am Abend seines Lebens sagen können: „Ich habe meine Pflicht gethan, ich kann ruhig sterben“, denn das sind wir unseren Nachkommen schuldig. Hierauf gelangte folgender Antrag zur Annahme: „Wenn bei irgend einer Gewerkschaft ein Referent gemeldet ist, so hat die betreffende Gewerkschaft dafür zu sorgen, daß sämtliche Vertrauensmänner der Gewerkschaftskommission davon in Kenntnis gesetzt werden, damit sämtliche Angehörigen der Gewerkschaften Nachricht erhalten.“

Fleisbürg. Am Sonnabend, den 3. Dezember, fand hier in der Maurerherberge eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung mit der Tagesordnung: „Welche Stellung haben die Gewerkschaften den verschiedenen politischen Parteien gegenüber einzunehmen?“ statt. Nachdem das Bureau aus den Kollegen Schwarz, Schmidt und Kesten zusammengesetzt war, hielt Kollege Stanning aus Hamburg einen längeren Vortrag, in welchem er klarlegte, daß die gewerkschaftliche Bewegung darauf angewiesen sei, das direkte aber wirtschaftliche Interesse der Arbeiter zu wahren, was aber der heutigen großartigen Maschinenentwicklung gegenüber (z. B. in der Elektrotechnik, wo auf der Ausstellung in Frankfurt a. M. 1890 eine Hobel- und Spindelmachine und a. m. aus einer Entfernung von 300 Kilometer, nämlich Laufen, betrieben wurde) keine lokale Organisation im Stande ist. Wie das Kapital immer mehr zentralisiert in internationalen Verbänden zusammentritt,

so muß auch die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter, welche wir schon jetzt im Zentralverband der Maurer Deutschlands haben, sich immer weiter ausbreiten, da wir hierin nicht als „alleinstehende“ isolierte Arbeiter der Ausbeutung durch das Kapital anheim fallen, sondern als kompakte Masse weit eher unsere berechtigten Interessen wahren können. Die politische Bewegung dagegen hat den Zweck, den weitergehenden Nutzen oder die dazu erforderlichen Rechte zu verschaffen. Zu diesem Zweck haben wir uns unter den verschiedenen Parteien nur der Sozialdemokratie anzuschließen, weil alle anderen Parteien gegen unsere berechtigten Interessen ankämpfen, wogegen die sozialdemokratische Partei nicht nur für unsere politische Freiheit, sondern auch für die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse eintritt. Darum muß jeder, der seinen Kindern ein wahres Erbe hinterlassen will, sowohl für die gewerkschaftliche, als auch für die politische Arbeiterbewegung eintreten. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Da sich Niemand weiter zum Wort meldete, erfolgte Schluß der Versammlung.

Duisburg. Am 1. d. M. fand hier eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt. Das Referat hatte Herr Stanning übernommen. Dasselbe lautete: „Die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die Kultur.“ Redner schilderte in lehrreicher Weise die Entstehung und Entwicklung des Handwerks, wie es sich im Mittelalter zur Macht empfaltete, so daß die einzelnen Zünfte sogar im Stande waren, Krieg mit den feudalen Grundherren zu führen. Ueberall wies Redner an der Grundumfangreichen-stattlichen Materials nach, wie mit der Erfindung der Maschine das Handwerk zurückgegangen ist, und wie es bald durch die Fortschritte der Technik (Elektrizität, Dynamo-Maschinen usw.) gänzlich verschwinden müsse. Wie infolge des Unflutgreifens des Maschinenwesens aber auch immer mehr Arbeiter beschäftigungslos auf der Landstraße umherlaufen müssen und wie durch die Vertheuerung der Lebensmittel die Arbeiter immer weniger im Stande seien, eine menschwürdige Existenz zu bewahren, so daß sie immer tiefer hinabsinken müßten, wenn nicht die Arbeiter erlernet hätten, daß nur durch starke Organisationen Abhilfe geschaffen werden könne. Zum Schluß seines mit Beifall aufgenommenen Vortrages forderte Redner dann die Anwesenden auf, sich der Organisation anzuschließen. In der Diskussion sprach Genosse Steinhardt im Sinne des Referenten. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung „Verschiedenes“ legte Genosse Steinhardt den Anwesenden nochmals die Bedeutung der Gewerkschaften ans Herz und ging alsdann in's politische Gebiet über. Er schloß mit den Worten: Der Kampf muß entbrennen auf der ganzen Linie, nach der gewerkschaftlichen Seite, um gütigeren Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen, um die Ehre und Selbstständigkeit zu wahren, um uns zu schützen gegen allzugroße Bevormundung von Seiten des Unternehmertums, nach der politischen Seite hin, um den errungenen Verbesserungen Geleisteskraft zu verleihen. Kollege Stanning gab seiner Freude Ausdruck, daß auch schon in Summe Leute seien, die den Geist der Zeit begriffen haben und ermunterte die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung, sich fest um's Banner zu schaaren, das uns im Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft voranweht. Hossentlich gab diese interessante Versammlung dazu beigetragen, uns neue Anhänger zuzuführen.

Celle. 27. Novbr. Heute fand eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung im Lokale des Herrn Voh unter Vorsitz des Kollegen Rose statt, in welcher Kollege Paul aus Hannover über das Thema „Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den Klassenkampf des Proletariats“ referierte. Zunächst legte er klar, daß auf dem Parteitage in Halle a. d. S. beschlossen sei, die Gewerkschaftsbewegung so viel wie möglich zu unterstützen. Es existiere zur Zeit eine große Anzahl gewerkschaftlicher Vereine, jedoch hätten diese viel zu leiden unter dem Druck der Unternehmerschaft. Würden diese Gewerkschaften nicht gestärkt sein, so würden dieselben einfach todtgeschwiegen werden. Da dieses aber nicht der Fall sei, müsse angenommen werden, daß die Gewerkschaften einen guten Zweck verfolgen und unsere Interessen vertreten. Die Ursprünge der Organisation rammten aus dem 9., 10. und 11. Jahrhundert, wo damals die Häufte vermöge ihrer Machtverhältnisse in die Schranken traten. Die Häufte der alten Zeit hatten politische und andere Rechte und trugen viel zu der Entwicklung der Städte mit bei, welche durch die Einfälle der Ungarn, Böhmen, Polen usw. in Deutschland viel zu leiden hatten. So entstanden durch das Zusammenstehen von Personen zu einer bestimmten Arbeit die Gewerke. Da es damals noch keine Maschinen gab, konnte der Konium besser geregelt werden, und die Rechte (Gesellen) fanden beständig Arbeit; auch regelten die Häufte das Lehrlingswesen. Die Häufte hatten auch noch sonstige Rechte, denn sie stellten im Fall eines Krieges auch ihre Mitglieder zur Verfügung, indem dieselben zu den Morgenkernen und Hellebarden griffen und tüchtige Streiter waren. Nachdem kam das Raubrittertum und hier haben die Häufte mitunter auch bewiesen, welche tüchtige Kämpfer in ihren Reihen waren, und manche Stadt mußte ihr Fährlein Knechte dem Kaiser zur Verfügung stellen, wenn ein Krieg ausbrach. Die Unnungen hatten auch ihre eigene Gerichtsbarkeit und verschiedene Privilegien. Es werde nun häufig gesagt, daß die Sozialdemokraten die Erfinder der Streiks seien, aber es sei nachgewiesen, daß im 14. und 15. Jahrhundert schon Streiks vorgekommen sind. So streikten 1503 die Schneibergeleuten in Wesel und verlangten bessere Behandlung und eine geregelte Arbeitszeit. Auch Koalitionen habe es zu der Zeit schon gegeben. 1505 seien die Schneibermeister von 21 Städten zusammengetreten, um die „auführerischen“ Gesellen zu unterdrücken. Nachdem seien die Gesellenverbindungen entstanden, und Mancher sei damals schon gezeugt worden, die Stadt zu verlassen. Die Kunsthandwerker, wie Schwäbe usw., standen in hoher Blüte, sie seien jetzt aber vom Erdobben hinweggefegt. Im 16. Jahrhundert verloren die Häufte schon ihre Macht, denn die Entdeckung von Amerika

Kauf neue Absatzgebiete und die lebenden Heere wurden eingeführt, um die Städte im Innern zu halten. Der 30jährige Krieg habe dann dem Handwerk das Grab gegeben. Dänemark, Frankreich usw. suchten sich von dem zuckenden Deutschland einen freien hinwegzubolen; nachdem kamen der bayerische Erbfolgekrieg und die drei schlesischen Kriege, sodann die französische Revolution, die Kriege mit Oesterreich, Egypten, Rußland usw. Da trat England aus dem Hintergrund und verdrängte Holland und Spanien; es hatte Besitzungen in Ostindien, Afrika, Amerika usw. und durch diesen Vereinigungsprozeß gelang keine Anhäufung des Kapitals. Die Erfindung, die Dampfkraft zum Betriebe von Maschinen nutzbar zu machen, gelang, und wurden die Maschinen in die Industrie eingeführt, wodurch mancher Arbeiter entbehrt werden konnte, oder Kinder und Frauen ihre Stelle einnahmen. Im Jahre 1800 schon erließ die englische Regierung ein Verbot gegen Arbeitervereinigungen, welche eine Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder erstrebten. Jetzt, nach 92 Jahren, seien in Deutschland von 4 1/2 Millionen Arbeitern wohl ungefähr 850 000 Organisirte, und wie viele hätten von ihrer wahren Lage noch keine Erkenntnis. 25 Jahre hätten die englischen Arbeiter gekämpft um das Koalitionsrecht; nachdem sie gesiegt, entstand durch den seitens des Kapitals auf das Parlament geübten Druck nochmals ein 25jähriger Kampf, in welchem harte Strafen über verschiedene Theilnehmer verhängt wurden. So bezahlten 1847 die Maschinenbauer M. 42 000, 1848 die Schleißer M. 24 000, 1851 die Zink- und Blechschmiede M. 77 100, also über M. 150 000. Hieran könnten sich die deutschen Arbeiter ein Muster nehmen. Durch die Kriege von 1864 und 66 sei auch eine Veränderung im Innern, resp. Handwerkswesen eingetreten, und die Gewerbefreiheit habe manches Uebeltheil aus alter Zeit beseitigt. Nachdem die Freizügigkeit eingeführt sei, habe man auch die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung erhalten, worauf Herr Tessenberg durch die Gewerbefreiheitsprozedur in Berlin 1874 und 1877 bekannt geworden sei. Trotzdem sei der Bewegung nicht der Garaus gemacht. Nach den verhängnisvollen Schüssen im Jahre 1878 kam dann das Sozialistengesetz und die Zeit der Epigelen, welche nach geheimen Verbindungen und verbottenen Schriften suchten. 1881 wurde dann die sogenannte Sozialreform inaugurirt und nachher das Krankenversicherungsgesetz und zur Krönung des Gebäudes das Alters- und Invaliditätsgesetz erlassen, zugleich aber auch der Punitarische Streifen, weil er glaube, hinter jedem Streifen laure die Hydra der Revolution. Auch organisierte die systematische Verleumdung der Arbeiter durch die Unternehmerrichtung und die der letzteren ergebene Presse, indem es sich durch diese Gesetze hätten die Unfälle in erschreckendem Maße zugenommen auf Kosten der Berufsgenossenschaften, damit die Arbeiter besser fallen könnten. Der Staatsminister von Bütticher habe aber die Arbeiter verteidigt und klargestellt, daß die meisten Unfälle durch Fahrlässigkeit seitens der Unternehmer hervorgerufen würden. Es sei zu wünschen, daß durch Reorganisation des Unfallversicherungsgesetzes dann eine Veränderung eintrete. Der Referent gestehe dann die verschiedenen Vereine, wie die Sing- und Kriegervereine, die Stat., Ruder-, Rauch- und andere Klubs, und zitierte zum Schluß die Worte: „Die Gründung des kleinste Arbeitervereins hat mehr Bedeutung für die Kultur, als die Schlacht von Sabotwa.“ Auf Grund dieser wahren Worte fordere er alle Anwesenden auf, sich erst an ihre Organisation anzuschließen. Die Verammlung sollte dem Redner reichen Beifall. Genosse Beneke sprach sodann sein Bedauern aus, daß eine Verammlung mit einem solchen lehrreichen Vortrag so schwach besucht sei, und forderte die Anwesenden auf, kräftig dahin zu wirken, daß alle Verammlungen recht zahlreich besucht werden mögen. NB. Auch die Maurer haben durch Abwesenheit in der Verammlung sehr geklagt.

Lüneburg. Am Dienstag, den 29. November tagte hier im Vereinslokale unter dem Vorhabe der Kollegen Bergelt und Paule eine öffentliche Bauhandwerker-Verammlung, in welcher Kollege Paul aus Hannover über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den Klassenkampf des Proletariats referirte. Derselbe führte in seinem 1 1/2 Stunden anhaltenden, sehr lehrreichen Vortrage aus, daß auf dem Parteitage in Halle der Wunsch ausgesprochen wurde, die Genossen möchten sich an der Gewerkschaftsbewegung kräftig betheiligen. Dann griff der Redner zurück auf die Entwicklung des Handwerkes und wies nach, daß durch den Raubadel die Handwerker genöthigt waren, sich selbst mit der Waffe zu verteidigen. Dadurch eingingen sich die Handwerker der einzelnen Gewerbe, und ihre Vereinigungen bekamen einen wirtschaftlichen Reichthum, indem die Mitglieder innerhalb der Vereinigungen ihre gewerblichen Interessen regelten. Da nun die Meister durch das Aufblühen der Gewerbe hochfahren wurden und die Rechte der Gesellen unterdrückten, bildeten sich aus den Jüngsten Bruderschaften, die aber wieder verschwanden, weil wieder neue gewerbliche Verhältnisse durch die Erfindung des Maschinenwesens geschaffen wurden. Sodann sprach der Referent von dem Kampfe der englischen Arbeiter um das Koalitionsrecht, aus welchem dieselben aber als Sieger hervorgingen. Weiter führte Redner aus, daß durch die deutsche Gewerbeordnung von 1868 das Zunftwesen verschwand und die Gewerkschaften rathlos emporschnitten, die aber nachher durch das Sozialistengesetz sehr zurückgefallen wurden. Zum Schluß forderte Kollege Paul die Anwesenden auf, die noch fernstehenden Kollegen zu unserer Organisation heranzuziehen. (Großer Beifall.) In der Diskussion wurde von Herrn Koch angeregt, daß die Verammlung zwar gut besucht sei, aber doch nicht so, wie sie sein müßte; wie man sehe, seien von den Zimmerern keine Verammlungsbesucher vorhanden; und mit den Maurern sei es auch sehr flau bestellt, während die übrigen Handwerker kräftig vertreten seien, deshalb ermahne er zur Agitation für regeren Besuch der Verammlungen. Es ließen dann noch zwei Resolutionen zum Vortrage ein, welche einstimmig angenommen wurden.

Im zweiten Punkte der Tagesordnung, „Verschiedenes“, wurde die Frage eingereicht: „Doch die Verbände der Erlaubnis nehmen, Plakate unter der Reichheit abzuwaschen.“ Mehrere Redner meinten, die Behörde müsse gerichtlich belangt werden, wovon aber der Referent abrieth, weil es doch wohl nichts nützen würde. Die Verammlung erklärte sich dann auch mit letzterer Meinung einverstanden. Dann erließ der Referent das Schlusswort, in welchem er nochmals alle Anwesenden aufforderte, mit allen zu Gebote stehenden Kräften für die Organisation zu agitiren. Hierauf folgte der Schluß der Verammlung um 11 1/2 Uhr.

Bresden. Am Sonntag, 27. November, fand in Gosselstraße bei Dresden im Restaurant „Zur Turnhalle“ eine öffentliche Bauhandwerker und Bauarbeiterverammlung statt mit der Tagesordnung: „Wie und warum sollen wir Arbeiter uns organisiren?“ worüber Herr Fräßdorf einen einflussreichen, mit vielem Beifall ausgedrückten Vortrag hielt. Redner führte u. A. aus, daß diese Frage eigentlich erledigt sein sollte; der Arbeiter müsse wissen, wie er sich zu organisiren habe; leider gebe es noch eine große Anzahl Arbeiter, die dem großen Ziele, welches sich die bis jetzt organisirten Arbeiter gestellt haben, gleichgültig gegenüberstehen. Die heutige Gesellschaft sei in zwei Klassen getheilt, in Besitzende und Besitzlose. Die Besitzenden, die schon durch ihr Geld eine Macht besitzen, suchten diese noch zu stärken, indem sie Sklaverei und Dinge bildeten, deren Spitze sich nur gegen die organisirten Arbeiter richte. Die Macht der Arbeiter aber liege nur in der Organisation. Es bestehe zwar ein gleiches Recht für Alle, dies sei aber nur eine Legende; denn wenn sich die Arbeiter organisiren wollten, würden sie auf alle Art daran gehindert; die verschiedenen vereinzelten Bestimmungen und die Auslegung derselben bewiesen das zur Genüge. Trotzdem den Arbeitern alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden bei dem Bestreben, ihre Lage zu verbessern, sei es Pflicht jedes Arbeiters, sich an der Organisation zu betheiligen. Seitens der Regierung und der bestehenden Klasse geschieht nichts, um die Krisen zu beseitigen oder nur die furchtbaren Verheerungen derselben zu mildern, und der Arbeiter sei derjenige, welcher am meisten darunter leide. Die Erfindungen und die Verbesserungen der Maschinen, welche eigentlich den Arbeitern eine Erleichterung bringen sollten, werden diese heute zum Fluche und vernehmen die Referentarmee. Die herrschende kapitalistische Gesellschaft eignet sich, mit Hilfe ihres Geldes Alles an Wir dürfen aber nicht warten, bis diese Gesellschaft sich abgewirksam hat und erst dann bessere Zustände herbeizuführen, sondern wir müssen schon jetzt versuchen, unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern, und das können wir nur erreichen, wenn wir uns organisiren. Die besten und zweckentsprechendsten Organisationen seien die über ganz Deutschland verbreiteten Centralverbände, deren Grundanlage die Solidarität ist. Das Unternehmertum bietet Alles auf, um uns die bis jetzt errungenen Vortheile wieder zu entreißen und die Organisation zu zerstören. Diese Herren, die immer von Patriotismus trieben, wenn es gilt, der Regierung Geld zu bewilligen, um den Mord der Militärs zu stillen, möchten die Arbeiter in jeder Beziehung rechtslos machen, nur die Arbeit und die Vertreibung des Vaterlandes überlassen sie ihm unversärt. Wir dürfen uns aber nicht nur gewerkschaftlich organisiren, sondern wir müssen auch politisch thätig sein und immer neue Anhänger der Arbeiterpartei zu gewinnen suchen. Die Sozialreform, die angeblich nur zum Wohle der Arbeiter geschaffen und mit so vielem Pomp angekündigt worden sei — wäts sie uns gebracht? Nichts! Die Arbeiterklasse seien in Kraft getreten, aber die Lage der Arbeiter habe sich nicht gebessert. Möge die Kapitalistklasse gegen die Arbeiterpartei unternehmen was sie wolle, wir wüßten, daß der Sieg unser sei. Die Faust in der Tasche halten, nützt nichts. Jeder müsse den Verbänden beitreten, namentlich die jungen Genossen müßten es sich zur Pflicht machen, für unsere Ideen einzutreten, um bessere Zustände herbeizuführen. Die Macht, die wir als politische Partei besitzen, müßten wir auch in wirtschaftlicher Beziehung erringen. — Nach Schluß der Verammlung traten 16 Kollegen dem Verbands der Maurer bei und ebenso dem Verbands der Zimmerer 12 Mann.

Stuttgarter. Am Sonnabend, den 26. November, tagte in Durl's Restaurant eine öffentliche Verammlung der Stuttgarter bezugs Beschlusses über die Verwendung des dem früheren Fachverein gehörenden Vermögens. Der Kassenbestand ergab die Summe von M. 131,22, davon wurden dem Centralverband der Stuttgarter, Gipsler usw. M. 115 inkl. Eintrittsgeld für die vom Fachverein zum Centralverband übergetretenen Kollegen bewilligt, der Rest wurde der hiesigen Zunftstelle zur freien Verfügung überwiesen. Das vorhandene Zunftbemar wurde der Zunftstelle ebenfalls zur Verfügung übergeben, mit dem Vorbehalt, daß dasselbe bei einer etwaigen Auflösung der Zunftstelle Eigentum der Stuttgarter Hannover ist. Zu bemerken ist noch, daß die Verammlung äußerst schwach besucht war, was wohl in der bestehenden Tagesordnung seinen Grund hatte, da viele Kollegen hier am Tage noch nicht recht begriffen haben, was der Centralverband für dieselben bedeutet; ihr Egoismus ist größer, als das gemeine Wohl aller Kollegen. Nachdem noch den Kollegen vom Vorhange die Vortheile klargestellt worden waren, die uns durch die Centralisation geworden sind, und nachgewiesen, daß der Verband ohne Mittel nichts erreichen könne, wurde die Verammlung geschlossen mit dem Wahlspruch: „Einer für Alle und Alle für Einen.“

An die Mitglieder des Central-Verbandes der deutschen Stuckateure, Gipsler usw.

Kollegen! Seit der kurzen Zeit des Bestehens des Verbandes haben wir schon die Erfahrung machen können, daß die Gründung desselben dem dringenden Wunsche der meisten organisirten Kollegen entsprach und dieselben

dem Verbands näher bringt. Der Verband hat bis jetzt in folgenden Städten Filialen bezw. durch Bevollmächtigte vertretene Einzelmitglieder: Cöln, Hamburg I. (Stuttgarter), Hamburg II. (Gipsler), Bremen, Leipzig, Hannover, Düsseldorf, Gera, Mannheim, und bereits in ebenso vielen Städten sind Filialen in der Bildung begriffen.

Wir eruchen die Filial-Vorstände um Angabe der Zeit und des Ortes der Verammlungen. Den Wünschen einzelner Filialen entsprecht, wird von Seiten des Hauptvorstandes in nächster Zeit ein Reglement veröffentlicht betr. Arbeitsnachweis, Wanderunterstützung etc. Kollegen! Um unserer Organisation eine größere Ausdehnung geben zu können, ersuchen wir Euch, an die unten angegebene Adresse Namen und Wohnung von Kollegen in solchen Städten gelangen zu lassen, wo bisher noch keine Organisation vorhanden ist, überall eine rege Agitation für den Verband zu entfalten, damit derselbe seiner sich gestellten Aufgabe gerecht werden kann, eine Befreiung der Erbschaftsbedingungen seiner Mitglieder sowie deren geistigen Ausbildung zu erzielen. Also, auf Kollegen! Agitirt für unsere Organisation; denn gerade die jetzige Zeit ist am geeignetsten dazu.

Mit kollegialischem Gruß!

Der Hauptvorstand.

J. A.: Chr. Odenthal, 1. Vorsitzender, Cöln; Wally 27.

Kollegen! Nach § 24 unseres Statuts haben die Hamburger Kollegen die Pflicht, den Ausschuss zu wählen. Dasselbe ist geschehen und hat sich der Ausschuss konstituir. Alle Beschlüsse im Sinne des § 24 Absatz 4 des Statuts sind an J. Sittenfeld, Hamburg, Wandsbücker Chaussee 134, P. T. b. Wadel, zu richten.

Mit kollegialischem Gruß

J. A.: J. Sittenfeld.

Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Situationsbericht.

Die Arbeiter der Schuhfabrik von Frommel in Zwönitz in Sachsen haben die Arbeit gekündigt und werden am 10. Dezember die Arbeit niederlegen. Die Ursache der Arbeitsniederlegung ist Wohnverdrängung und Wafregelung eines Kollegen. Da die Arbeiter dem Verbands der Schuhmacher angehören, so vermühen sie, daß das Vorgehen des Fabrikanten sich gegen die Organisation richtet und beabsichtigt wird, diese zu sprengen. Es wird dringend um Fernhalten des Zuguges gebeten. Die Adresse des Vertrauensmannes ist: Rudolf Weiske, Bahnhöfstr. 163, Zwönitz.

In Jülich in Bayern haben die Arbeiter über die Brauerei Coora u. Wörner den Boykott verhängt. Die Ursache des Boykotts ist noch nicht bekannt.

In Berlin befinden sich die Korbmacher im Ausstand. Die Veranlassung hierzu wurde durch Wafregelung zweier Arbeiter der Werkstatt von Anding gegeben. Es war den Arbeitern gelungen, eine Wohnverdrängung, welche Herr Anding beabsichtigte, zurückzuweisen, und glaube dieser sich durch Entlassung der Wafregler rächen zu müssen. Die Korbmacher stellen gleichzeitig die Forderung an alle Arbeitgeber, einen einheitlichen Alfordpreis zu zahlen. Dadurch sind 91 Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit gezwungen worden.

Die Ausstehenden bedürfen dringend der Unterstützung.

Adresse: Robert Kirsch, Ritterstraße 25 (Restaurant), Berlin S.

Die Generalkommission.

In dem Zeitraum vom 5. November bis 1. Dezember 1892 sind bei der Generalkommission eingegangen M. 1090,45, darunter Quartalsbeitrag des Verbandes der Maurer Deutschlands usw. für das 3. Quartal 1892 M. 504,85.

Eingelaut.

Aus Bremen.

Aufforderung an alle Zunftstellen der Zentral-Frankensasse der Maurer usw. „Grundstein“ zur Eintigert.

Nachdem in der letzten Verammlung der Zunftstelle Bremen einstimmig beschlossen worden ist, gegen den Beschluß der Generalverammlung, welcher den Beitritt der Steinhauer, die doch die Klasse mit gegründet haben, und deren Namen bis jetzt am Kopfe unseres Statuts stehen, nicht gefahrt, ganz energisch Protest zu erheben und demgemäß auch an demselben Abend eine Kommission gewählt wurde, die die Sache in die Hand nehmen sollte, um den Beschluß der Generalverammlung illusorisch zu machen, erlaubt sich die unterzeichnete Kommission, an alle Bevollmächtigten der verschiedenen Zunftstellen die Bitte zu richten, man möge da der § 22 Absatz 2 befolgt, daß nur dann eine außerordentliche Generalverammlung stattfinden, wenn ein Zehntel der gelammten stimmberechtigten Mitglieder die Forderung mit gleichzeitiger Festsetzung der Tagesordnung stellt) in allen Zunftstellen Verammlungen abhalten und die Zahl Derjenigen, die gegen den Ausschluß der Steinhauer und somit gegen den Beschluß der Generalverammlung sind, genau notiren und das Resultat bis 1. Januar 1893 an unterzeichnete Kommission einreichen, damit dieselbe in der Lage ist, eine außerordentliche Generalverammlung beantragen zu können. Nun, Mitglieder unserer Frankensasse und Arbeiter aller daran betheiligten Branchen, jetzt Wmt Zeigen, daß Ihr nicht so egoistisch seid, wie Eure Delegierten, die Ihr gewählt, und wie in erster Linie die Herren Meiss, Wilton, Behrend, Meyer, Staube, Beck, Meyer und Witt. Denn anders als egoistisch kann man diese Handlungsweise nicht bezeichnen, denn ein jeder rechtgebende Mensch muß sich doch offen lassen, daß, wenn

man erst zu solchen Mitteln zu greifen sich gezwungen... eine Kasse überhaupt nicht mehr existenzberechtigt wäre.

Nun ersucht die Kommission alle arbeiterfreundlichen Blätter, dies zum Ausdruck zu bringen. Martin Josef Arnold, Steinhäuserstr. 23, II. C. Kleinfeld, S. Tid.

Lehrern dem Gehilfen unter Angabe des Gewerbes, in welchem der Lehrling unterwiesen worden ist, über die Dauer der Lehrzeit und die während derselben erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten, sowie über sein Betragen ein Zeugnis auszustellen, welches von der Gemeindebehörde förmlich und kempflos zu beglaubigen ist.

An Stelle dieser Zeugnisse können, wo Zünfte oder andere Vertretungen der Gewerbetreibenden bestehen, die von diesen ausgestellten Lehrbriefe treten. Ferner bestimmt der § 148, al. 9: Mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark und im Unermessensfalle mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft: 9. wer die gesetzlichen Pflichten gegen die ihm anvertrauten Lehrlinge verläßt.

Wenden Sie sich bei fortgesetzter Verletzung des Lehrmeisters an das dortige Gewerbeamt, oder wenn ein solches nicht besteht, an die Polizeibehörde.

Essen, G. Da Jhr „Eingelant“ nur persönliche Angelegenheiten erörtert, müssen wir die Aufnahme desselben ablehnen.

Minden, L. In nächster Nummer. Hamburg, F. Zu spät eingegangen, muß daher für nächste Nummer zurückgestellt werden.

Anzeigen.

Central-Krankenliste der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Sanktateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

(Eingetragene Hülfsliste Nr. 7. Sitz: Altona.)

Sterbetafel. III. Quartal 1892.

- 1. Ferdinand Gels, Gipser, geb. 2. 2. 43, gest. 27. 6. 92 zu Freiburg i. B. an Leberkrebs. 2. Johann Gebert, Maurer, geb. 26. 9. 28, gest. 1. 7. 92 zu Schwerin i. M. an Rheumatismus. 3. Friedrich Geste, Maurer, geb. 9. 11. 60, gest. 5. 7. 92 zu Cassel. 4. Hermann Kehler, Maurer, geb. 29. 7. 59, gest. 5. 7. 92 zu Gagen i. W. an Lungenentzündung. 5. Max Freisch, Maurer, geb. 15. 1. 61, gest. 5. 7. 92 zu Bineburg an Lungenentzündung. 6. August Klein, Maurer, geb. 15. 3. 66, gest. 7. 7. 92 zu Essen a. d. Ruhr an Lungenentzündung. 7. August Czagan, Maurer, geb. 28. 8. 60, gest. 9. 7. 92 zu Neu Langsdorf an Lungenentzündung. 8. Julius Paul, Steinhauer, geb. 14. 3. 50, gest. 9. 7. 92 zu Wien an Lungenentzündung. 9. Rudolf Zehre, Maurer, geb. 29. 8. 60, gest. 10. 7. 92 zu Alt-Sülte an Lungenentzündung. 10. Hermann Reil, Maurer, geb. 10. 6. 41, gest. 11. 7. 92 zu Oera Reuß i. L. an Herzleiden. 11. Christoph Weiger, Steinhauer, geb. 28. 12. 45, gest. 13. 7. 92 zu Straßburg i. E. an Magen- und Darmkatarrh. 12. Wilhelm Feniger, Maurer, geb. 17. 12. 65, gest. 15. 7. 92 zu Brestan an Lungenentzündung. 13. Leonhard Schnelbacher, Steinhauer, geb. 16. 7. 51, gest. 17. 7. 92 zu Müml. Grumbach durch Bluthschlag. 14. Johann Wippel, Maurer, geb. 24. 12. 47, gest. 17. 7. 92 zu München an Lungenentzündung. 15. Hermann Schindler, Steinhauer, geb. 29. 12. 57, gest. 19. 7. 92 zu Alt-Warthau an Unterleibsleiden. 16. Karl Folgmann, Maurer, geb. 20. 12. 49, gest. 20. 7. 92 zu Hamburg an Lungen- und Darmkatarrh. 17. Robert Urndt, Maurer, geb. 5. 4. 45, gest. 23. 7. 92 zu Berlin an Lungenentzündung. 18. Heinrich Jähde, Steinhauer, geb. 7. 4. 54, gest. 23. 7. 92 zu Bunsau an Lungenentzündung. 19. Heinrich Saß, Maurer, geb. 8. 12. 60, gest. 24. 7. 92 zu Hamburg an Schwindel. 20. Wilhelm Seiede, Maurer, geb. 25. 11. 58, gest. 25. 7. 92 zu Hannover an Lungenentzündung. 21. Louis Ludewig, Maurer, geb. 12. 2. 40, gest. 27. 7. 92 zu Minden i. W. an Leberleiden. 22. Julius Müller, Maurer, geb. 6. 2. 56, gest. 31. 7. 92 zu Berlin an Kehlkopfkatarrh. 23. Gustav Schlier, Maurer, geb. 20. 4. 48, gest. 1. 8. 92 zu Berlin an Lungenentzündung. 24. Joseph Kraus, Maurer, geb. 29. 12. 59, gest. 3. 8. 92 zu München an Lungenentzündung. 25. Joseph Himmelsheber, Steinhauer, geb. 25. 8. 48, gest. 3. 8. 92 zu Worms an Lungenentzündung. 26. Michael Hochlehner, Maurer, geb. 14. 9. 61, gest. 4. 8. 92 zu Eppelheim an Lungenentzündung. 27. Karl Moriz, Maurer, geb. 3. 5. 56, gest. 5. 8. 92 zu Berlin an Lungenentzündung. 28. Wilhelm Wollen, Maurer, geb. 11. 11. 45, gest. 5. 8. 92 zu Berlin an Lungenentzündung. 29. Wilhelm Schmidt, Maurer, geb. 16. 3. 36, gest. 5. 8. 92 zu Prenden an Gastr. Fieber. 30. Gustav Frische, Maurer, geb. 7. 7. 52, gest. 6. 8. 92 zu Liegnitz an Lungenentzündung. 31. Karl Halbes, Steinhauer, geb. 25. 3. 59, gest. 6. 8. 92 zu Weßlar an Lungenentzündung. 32. Christian Weich, Maurer, geb. 29. 9. 78, gest. 14. 8. 92 zu Pöhlhausen durch Sturz vom Gerüst. 33. Lucas Ernst, Maurer, geb. 16. 11. 52, gest. 17. 8. 92 zu Altona an Nervenleiden. 34. Karl Krennow, Maurer, geb. 3. 11. 59, gest. 17. 8. 92 zu Berlin an Lungenentzündung. 35. Fritz Rink, Maurer, geb. 17. 8. 56, gest. 17. 8. 92 zu Eppendorf Schlag beim Baden. 36. Friedrich Klossermann, Maurer, geb. 23. 12. 67, gest. 18. 8. 92 zu Dönsbrück. 37. Emiliepa Bourice, Maurer, geb. 25. 4. 69, gest. 18. 8. 92 zu Rendsburg in der Elbe ertrunken. 38. August Bude, Maurer, geb. 19. 9. 59, gest. 19. 8. 92 zu Braunschw. an Lungenentzündung. 39. Heinrich Rathert, Maurer, geb. 14. 12. 59, gest. 20. 8. 92 zu Minden i. W. an Lungenentzündung. 40. Theodor Bartels, Maurer, geb. 4. 12. 42, gest. 28. 8. 92 zu Hamburg an Cholera.

- 41. Wilhelm Freundt, Steinhauer, geb. 5. 7. 52, gest. 24. 8. 92 zu Lutter a. B. an Lungenentzündung. 42. Heinrich Jasterling, Maurer, geb. 10. 3. 58, gest. 24. 8. 92 zu Hamburg an Cholera. 43. Friedrich Schmidt, Maurer, geb. 12. 2. 49, gest. 24. 8. 92 zu Hamburg durch Erhängen. 44. Emil Kläener, Maurer, geb. 13. 12. 67, gest. 26. 8. 92 zu Sternburg i. Oldenb. an Lungenentzündung. 45. Ernst Schmidt, Maurer, geb. 20. 7. 57, gest. 27. 8. 92 zu Nizdorf bei Berlin an Magen- und Darmkatarrh. 46. Heinrich Subbe, Maurer, geb. 27. 4. 65, gest. 27. 8. 92 zu Hamburg an Cholera. 47. Karl Schulz, Maurer, geb. 27. 1. 49, gest. 28. 8. 92 zu Berlin an Brustleidenentzündung. 48. Ernst Semmermann, Maurer, geb. 26. 1. 44, gest. 28. 8. 92 zu Hamburg an Cholera. 49. Heinrich Heilmann, Maurer, geb. 6. 1. 58, gest. 28. 8. 92 zu Hamburg an Cholera. 50. Karl Wolters, Maurer, geb. 26. 11. 54, gest. 29. 8. 92 zu Steinbeck an Cholera. 51. Emil Sievers, Maurer, geb. 6. 4. 67, gest. 30. 8. 92 zu Altona an Cholera. 52. Wilhelm Hinfuß, Maurer, geb. 23. 4. 63, gest. 30. 8. 92 zu Hamburg an Cholera. 53. Karl Schwarz, Maurer, geb. 22. 10. 54, gest. 31. 8. 92 zu Eppendorf an Cholera. 54. Richard Strenge, Maurer, geb. 11. 9. 47, gest. 31. 8. 92 zu Hamburg an Cholera. 55. Friedrich Köhner, Maurer, geb. 29. 1. 45, gest. 1. 9. 92 zu Hamburg an Cholera. 56. Wilhelm Richter, Maurer, geb. 16. 1. 49, gest. 1. 9. 92 zu Hamburg an Cholera. 57. Peter Friedrichsen, Maurer, geb. 18. 2. 16, gest. 2. 9. 92 zu Altona an Brustleidenentzündung. 58. Eduard Jöhr, Maurer, geb. 28. 1. 47, gest. 2. 9. 92 zu Freiburg i. B. an Typhus. 59. Johann Burmeister, Maurer, geb. 5. 5. 44, gest. 2. 9. 92 zu Hamburg an Cholera. 60. Jakob Ohn, Maurer, geb. 10. 11. 68, gest. 3. 9. 92 zu Hamburg an Cholera. 61. Otto Babst, Steinhauer, geb. 12. 10. 59, gest. 4. 9. 92 zu Königsberg i. Pr. durch Einsturz des Gerüstes. 62. Adolf Wellis, Maurer, geb. 11. 2. 64, gest. 4. 9. 92 zu Hamburg an Cholera. 63. Valentin Ort, Steinhauer, geb. 2. 11. 57, gest. 5. 9. 92 zu Vöhr i. B. an Lungenentzündung. 64. Georg Henze, Maurer, geb. 5. 7. 64, gest. 5. 9. 92 zu Hamburg an Cholera. 65. Hermann Heitschmidt, Maurer, geb. 21. 10. 59, gest. 6. 9. 92 zu Hamburg an Lungenentzündung. 66. Jacob Kröger, Maurer, geb. 9. 6. 60, gest. 7. 9. 92 zu Jechoe an Typhus. 67. Hugo Krähig, Maurer, geb. 25. 5. 55, gest. 9. 9. 92 zu Berlin durch Erhängen. 68. Georg Rauter, Maurer, geb. 8. 7. 62, gest. 9. 9. 92 zu Eppendorf an Cholera. 69. Heinrich Kirchner, Maurer, geb. 1. 1. 56, gest. 10. 9. 92 zu Frankfurt a. M. durch Sturz vom Gerüst. 70. Christian Müller, Maurer, geb. 18. 1. 51, gest. 11. 9. 92 zu Essen a. d. Ruhr durch Sturz vom Gerüst. 71. Heinrich Schöneberg, Maurer, geb. 23. 9. 54, gest. 14. 9. 92 zu Linderte an Lungenentzündung. 72. Otto Bielefeld, Maurer, geb. 2. 1. 65, gest. 14. 9. 92 zu Hamburg an Cholera. 73. Otto Obermann, Maurer, geb. 17. 7. 58, gest. 17. 9. 92 zu Hamburg an Cholera. 74. Jakob Vohr, Steinhauer, geb. 5. 2. 52, gest. 18. 9. 92 zu Frankfurt a. M. an Schwindel. 75. Karl Hubak, Maurer, geb. 1. 3. 49, gest. 19. 9. 92 zu Berlin an Lungenentzündung. 76. Karl Höfer, Steinhauer, geb. 24. 6. 58, gest. 20. 9. 92 zu Faulbach an Lungenentzündung. 77. Julius Schröder, Maurer, geb. 1. 12. 58, gest. 21. 9. 92 zu Berlin an Lungenentzündung. 78. Johann Ruchenski, Maurer, geb. 25. 2. 62, gest. 22. 9. 92 zu Hamburg an Lungenentzündung. 79. Peter Schmidt, Steinhauer, geb. 24. 12. 47, gest. 22. 9. 92 zu Hamburg an Lungenentzündung. 80. Ferdinand Schublinski, Maurer, geb. 25. 4. 39, gest. 23. 9. 92 zu Berlin an Magenentzündung. 81. August Clasen, Maurer, geb. 19. 5. 65, gest. 23. 9. 92 zu Hamburg an Cholera. 82. Friedrich Lehmann, Maurer, geb. 17. 11. 52, gest. 29. 9. 92 zu Dortmund. 83. Franz Fohs, Maurer, geb. 1. 1. 44, gest. 1. 10. 92 zu Freiburg i. B. an Typhus. 84. Gottlieb Grau, Maurer, geb. 1. 10. 55, gest. 2. 10. 92 zu Rauen an Lungenentzündung.

Was Standat.

Am Donnerstag, den 1. Dezember, Vormittags 10 Uhr, waren hier acht Zimmer beim Nichten einer Schmelztränke auf dem hiesigen Bahnhofs beschäftigt, das aus Eisen konstruierte Dach aufzustellen, dessen Träger durch Bolzen im Mauerwerk befestigt waren.

Beziehendes.

Der Waffin'sche Niesenturm, welcher im Bembler Park in London errichtet werden wird, rückt der Verwirklichung näher. Sein Grundmauerwerk, das aus vier mächtigen Betonkörpern von 8,5 Metern bis 18,5 Metern Höhe besteht, ist nach dem Centralhof der Bauern. bereits fertiggestellt, und in kurzem soll an den Aufbau des Eisenwerks gegangen werden.

Ein Gebäude, das nicht amerikanisch ist, wird gegenwärtig in Newyork errichtet. Es ist eine große 200 Fuß hohe Fabrik, die genau die Gestalt eines Elephanten hat. In dem Mauerwerk, welches den Körper des Tieres darstellt, befindet sich eine bedeutende Anzahl großer und kleiner Säle. Im Rücken, in den Rippen und im Schwanz sind die Treppenhäuser angelegt. Die Augen bilden ungeheuer große Fensteröffnungen, von denen man eine entzückende Aussicht auf das Meer und die Küste genießt.

Literarisches.

„Sozialpolitisches Centralblatt“ (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von F. Guttentag in Berlin). Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50 Einzelnummern 20 A. Erscheinens-itt Nr. 10, 2. Jahrgang.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, F. & W. Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 24 des 2. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer, heben wir hervor:

Der Parität der deutschen Sozialdemokratie. — Zur Frage der Frauenfrage. Von Laura Lafargue. — Frauenfähigkeit auf dem Gebiete liberaler Berufe in den Vereinigten Staaten. — Feuilleton: Am Nordpol. Nach dem Englischen von P. Albrecht. (Fortsetzung.) — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Notizen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Belegungsliste für 1892 unter Nr. 2564a) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 A.; unter Kreuzband 85 A. Inseratenpreis die zweispaltige Beitzelle 20 A.

Briefkasten.

Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Vepollmächtigten resp. Vertrauensmänner die Nr. 27 des „Correspondenzblattes“ der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands bei.

Die Expedition des „Grundstein“.

Eöln, C. D. Schiden Sie uns auf jeden Fall möglichst bald das Manuskript zu, worüber wir dasselbe gesehen haben, können wir eine Entscheidung nicht abgeben. Soweit der Raum es irgend erlaubt, stehen wir zu Diensten. Freundlichen Gruß.

Wartin, H. Der § 129 der Reichsgewerbeordnung lautet: „Bei Beendigung des Lehrverhältnisses hat der

In der Zeit vom 27. November bis 3. Dezember sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Nizdorf M. 150, Hannover 800, Dortmund 170, Weiskene 100, Wandsbeck 60, Glatrow 150, Altona 200, Frankfurt a. M. 60, Berwentz 60, Braunschweig 400. Summa M. 1650.

Zuschüsse erhielten in derselben Zeit: Die örtliche Verwaltung in Groß-Schönebeck M. 100, Potsdam 800, Duedlnburg 60, Hainstadt 100, Ralswin 100; Weßlar 50, Niederbreisig 60. Summa M. 770.

Altona a, den 3. Dezember 1892.

C. Reich, erster Hauptkassirer, Friedrichsbadestrasse 28.

Berein der Maurer und Berufsgenossen zu Coswig i. N.

Der Verein zahlt Wanderunterstützung vom 1. Dezember bis 15. März an durchreisende Kollegen, welche nachweisen können, daß sie die letzten sechs Monate einer Bereinigung angehört. Abgehoben bei C. Wabert, Letzte Reihe 6, Mittags von 12-1 Uhr und Abends von 6-7 Uhr. [M. 1895]

